



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

*Ulrich Blum*  
Editorial

*Marco Sunder, Dirk Trocka, Jutta Günther*

Aktuelle Trends:  
Brain Gain und Brain Drain: Hochschul-  
Bildungswanderung im föderalen Deutschland

*Mirko Titze*

Förderung mittels Investitionszulagen in  
Ostdeutschland fortsetzen? – ein Kommentar

*Alexander Kubis, Lutz Schneider*

Im Fokus:  
Zuwanderungschancen ostdeutscher Regionen

*Gerhard Heimpold*

Unternehmensbesatz in Ostdeutschland:  
Befunde aus dem Unternehmensregister

*Lutz Schneider*

Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt:  
Warum ältere Beschäftigte weniger mobil sind

*Ulrich Blum*

Ökonomische Effekte von Forschungsinstituten  
– Eine Analyse am Beispiel des IWH –

*Cornelia Lang*

IWH-Industrienumfrage im September 2008

# Wirtschaft im Wandel

10/2008

22.10.2008, 14. Jahrgang



## Editorial

Der Staat als Reparatereinrichtung des Kapitalismus! Die aus den 60er Jahren von französischen kommunistischen Intellektuellen stammende Theorie des Staats-Monopol-Kapitalismus begrüßt aus Sicht der geschichtlichen Dialektik das stetige Voranschreiten der Konzentration der Privatwirtschaft als wichtige Voraussetzung einer späteren zentralen Steuerung in einer Diktatur. Krisen der Privatwirtschaft, die der Staat auffängt, beschleunigen diese „Stamokap“-Entwicklung. Ist die von liberalen Ökonomen betonte Fähigkeit der Wirtschaft zur Selbstorganisation und -regulierung am Ende? Wirkt „Gier ohne Folgen“ systemzerstörend?

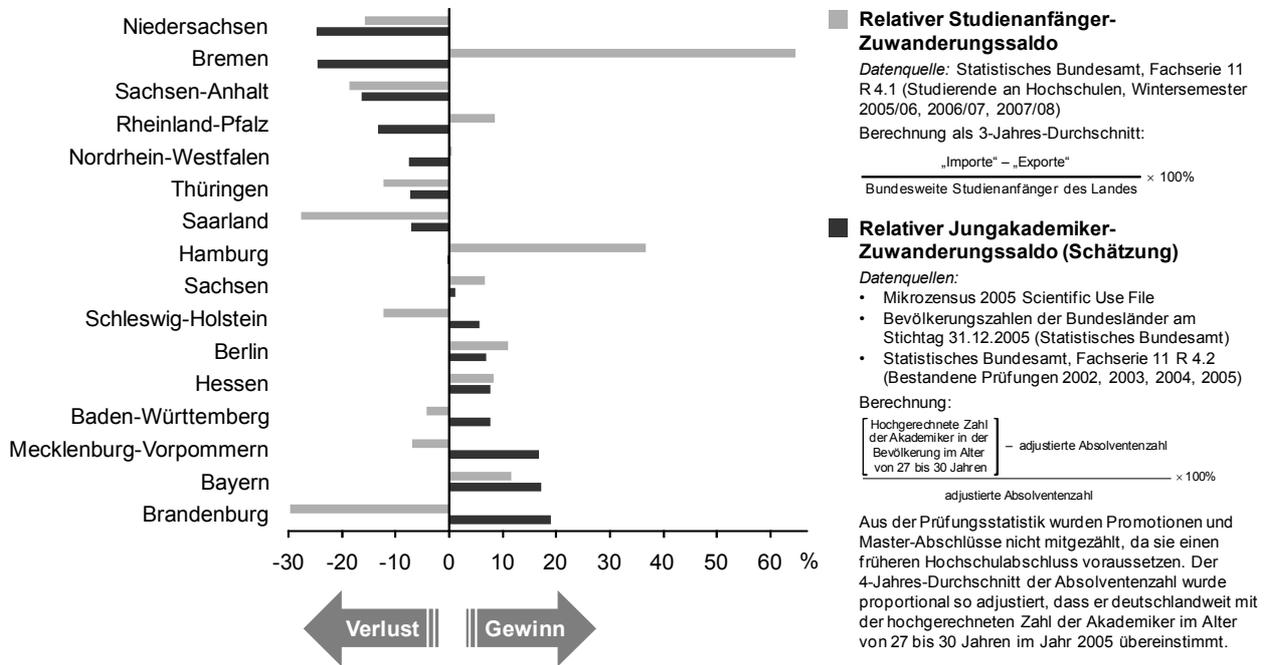
Die Entwicklung auf den Finanzmärkten offenbart den Zusammenbruch des Regulierungsrahmens. Der ordnende Staat hat versagt, der Markt nimmt seinen Lauf, mit rational nachvollziehbaren, aber gesellschaftlich unerwünschten Folgen. In der Hoffnung, das Schlimmste zu vermeiden, übernimmt der Staat, also der Bürger, die Letzthaftung. Das ermöglicht auch „Schumpeterianische“ Konkursgeschäfte, die im nächsten Aufschwung große Renditen versprechen, weil in Zukunft Wertvolles heute preiswert gekauft wird. Die Kreditwirtschaft bastelt an Finanzinnovationen, setzt das Hase-Igel-Spiel mit den Finanzmarktregulatoren fort. Grundsätzlich ist dieser Innovationsdrang richtig, käme doch ohne ihn die Entwicklung der Menschheit zum Stillstand. Doch ist der entwichene Geist kaum mehr in die Flasche zu bekommen. Ethos und Anreize, vor allem Haftung, müssen als Korrektive wirken.

Wertbindung der Wirtschaftsordnung ist so aktuell wie nie zuvor und Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Oft besteht aber kein individueller Anreiz, Werte zu beachten, weil das Nachteile im Konkurrenzkampf bedeutet. Hier greift Haftung. Sie zwingt unter Bedingungen extrem unterschiedlicher Informationsstände die Handelnden, die Folgen ihres Tuns stärker zu beachten und damit in den gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen. Sie ist, so Walter Eucken, das legitime Gegenstück zu Gewinn und Eigentumsrecht. Durch Haftung wird der Regulierungsrahmen durchgesetzt und moralisches Handeln im Eigeninteresse erzwungen.

Die Krise wird in Deutschland noch Jahre nachwirken, vor allem durch mindere Renditen für Lebensversicherungen, festverzinsliche Papiere oder Riester-Renten. Bedrohlich werden diese Lücken bei Wohnungsfinanzierungen mittels Lebensversicherungen – hier fehlen schnell 20% der Kreditsumme. Sparkassen und Banken werden diese Differenzen einfordern – schließlich steigert es ihren Shareholder Value. Sie werden sich ungern an ihre Mitverantwortung erinnern. Gerech ist das nicht, das Unbehagen wird noch lange anhalten. Es liegt im Interesse aller, den Ordnungsrahmen durch Haftung neu zu justieren, um Vertrauen in das System wiederherzustellen. Der Staat sollte besonnen, aber zügig handeln!

*Ulrich Blum, Präsident des IWH*

## Brain Gain und Brain Drain: Hochschul-Bildungswanderung im föderalen Deutschland



Hochqualifizierte Fachkräfte werden von den Unternehmen oft überregional rekrutiert, sodass gerade unter Akademikern eine hohe Mobilität zu beobachten ist. Aus der Perspektive der Bundesländer, die einen Großteil der Kosten der Akademiausbildung bestreiten, kann ein hoher Zu- bzw. Abwanderungssaldo eine Schieflage bei der finanziellen Lastenverteilung zur Folge haben. Es liegt auf der Hand, dass einzelne Bundesländer im Ausbildungswesen nur ungern eine Zubringerfunktion für andere übernehmen wollen.

Von Bedeutung ist nicht nur die Wanderung über Landesgrenzen hinweg zu Beginn des Studiums, sondern auch, wo sich Absolventen nach Abschluss des Studiums niederlassen. Die Abbildung zeigt, dass sich die innerdeutschen Bildungswanderungsströme der einzelnen Bundesländer i. d. R. weder bei den Studienanfängern noch bei den jungen Akademikern (im Alter von 27 bis 30 Jahren) ausgleichen. Beispielsweise nahm Sachsen-Anhalt weniger Erstsemester auf, als es Landeskinder an andere Länder abgab. Teilt man nun diese Differenz aus „Im- und Exporten“ durch die Zahl der aus Sachsen-Anhalt stammenden und deutschlandweit eingeschriebenen Erstsemester, ergibt sich ein „relativer Studienanfänger-Zuwanderungssaldo“ in Höhe von -19%. Dagegen erzielen vor allem die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin Wanderungsgewinne in dieser ersten Stufe der Bildungswanderung. Ein etwas anderes Bild ergibt sich auf der zweiten Stufe, d. h. der Wanderung junger Akademiker nach Abschluss ihres Studiums. Der „relative Jungakademiker-Zuwanderungssaldo“, der die Zahl der Hochschulabsolventen mit der Zahl der in den Bundesländern lebenden jungen Akademiker in Beziehung setzt, weist für Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz auf nennenswerte Verluste – oder „Brain Drain“ – hin. „Brain Gain“ auf beiden Stufen der Hochschul-Bildungswanderung verzeichnen Bayern, Hessen und Berlin.

Ab dem nächsten Jahr ist mit merklichen Veränderungen der Wanderungsbilanz bei den Erstsemestern zu rechnen: In den Neuen Bundesländern wird dann die erste geburtenschwache Nachwende-Kohorte zum Abitur antreten. Im Rahmen des Hochschulpakts 2020 sollen die Studienanfängerzahlen dort dennoch konstant gehalten werden, u. a. durch „Westimporte“ aus doppelten Abiturjahrgängen.

*Marco Sunder (Marco.Sunder@iw-halle.de)*  
*Dirk Trocka (Dirk.Trocka@iw-halle.de)*  
*Jutta Günther (Jutta.Guenther@iw-halle.de)*

## Kommentar: Förderung mittels Investitionszulagen in Ostdeutschland fortsetzen?

Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, die Investitionszulage bis zum Jahr 2013 zu verlängern. Der Fördersatz soll dabei – im Jahr 2010 beginnend – schrittweise verringert werden. Nach dem Jahr 2013 soll die Investitionsförderung in den Neuen Ländern auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ konzentriert werden.

Die Investitionszulage gehört neben den Investitionszuschüssen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ seit der deutschen Wiedervereinigung hinsichtlich der Mittelausstattung zu den wichtigsten Instrumenten der Investitionsförderung in den Neuen Ländern. Sie spielte hier eine besondere Rolle, da der Kapitalstock nahezu flächendeckend technologisch veraltet und physisch verschlissen war. Der Aufbau eines modernen und leistungsfähigen Kapitalstocks war und ist eine wesentliche Voraussetzung, um überregionale Wettbewerbsfähigkeit im ostdeutschen Unternehmenssektor herzustellen und den Standort aufzuwerten.

Es bestehen kaum Zweifel, dass die Investitionsförderung zur Herausbildung eines wettbewerbsfähigen Unternehmenssektors beigetragen hat, da sie das Herausbilden bzw. die Verbreiterung einer belastbaren Eigenkapitalbasis oft erst ermöglicht hat. Während bei der Investitionszulage ein Rechtsanspruch auf Gewährung im Rahmen relativ allgemeiner Kriterien besteht und sie sofort mit der Steuerschuld verrechnet wird, also unmittelbar zufließt, findet beim Investitionszuschuss eine Einzelfallprüfung statt. Spezifische Selektionskriterien bestimmen die Höhe, beispielsweise Standort (Agglomeration oder Peripherie, Stand der wirtschaftlichen Entwicklung), Unternehmensgröße (Großunternehmen, Mittelstand), Präferenzen des Landes usw. Wegen der quasi automatischen Vergabe ist die Investitionszulage mit vergleichsweise geringem administrativen Aufwand für die Unternehmen und auch für die Verwaltung verbunden. Darüber hinaus besteht für die unternehmerischen Investitionsentscheidungen Planungssicherheit. Der Einsatz der Zulage kann dann als ökonomisch sinnvoll angesehen werden, wenn sie zum Ausgleich allgemeiner flächendeckender Standortnachteile beiträgt. Dies war zu Beginn der 1990er Jahre in den Neuen Ländern der Fall. Unter den für alle Anspruchsberechtigten gleichen Förderbedingungen führte der Wettbewerbsprozess zu sehr verschiedenen Entwicklungen in den Neuen Ländern. Inzwischen hat sich die Standortqualität vielerorts verbessert. Dennoch entwickeln sich die Regionen in Ostdeutschland sehr unterschiedlich.

Ein wesentlicher Nachteil der Investitionszulage kann darin gesehen werden, dass eine differenzierte einzelfallbezogene Förderung nicht möglich ist und deswegen Mitnahme- und Gewöhnungseffekte nicht zu vermeiden sind. Es kommen somit auch Unternehmen in den Genuss der Förderung, die diese nicht (mehr) bräuchten. Aufgrund der inzwischen herausgebildeten Unterschiede innerhalb des Unternehmenssektors ebenso wie zwischen den Regionen in den Neuen Ländern ist ein flächendeckender Einsatz dieses Instrumentariums aus ordnungsökonomischer Sicht heute nicht mehr angeraten. Stattdessen sollten künftig Fördermittel für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gewährt werden. Deren Vorteil liegt in der Möglichkeit, durch Einzelfallentscheidungen besonders strukturbestimmende und technologisch vielversprechende Investitionsvorhaben gezielt zu fördern.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass wegen eines immer noch bestehenden wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Alten und den Neuen Ländern Investitionen in Ostdeutschland weiterhin besonders gefördert werden müssen. Da die Agglomerationszentren in den Neuen Ländern am ehesten kräftige Wachstumswirkungen erwarten lassen, sollten Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zukünftig vorrangig in potenziellen Wachstumspolen für wissens- und technologieintensive Wirtschaftszweige vergeben werden. Ihnen wird allgemein eine gute Entwicklungsfähigkeit attestiert.

Gegenwärtig liegt eine Fortführung der Investitionszulage vor allem aus haushaltspolitischer Sicht im Interesse der Regierungen in den Neuen Ländern, da sie finanzielle Freiräume in den Landeshaushalten und Planungssicherheit bei den Unternehmen schafft. Sie sollte deshalb keinesfalls abrupt abgeschafft, sondern – wie beabsichtigt – degressiv bis zum Jahr 2013 ausgestaltet werden. Das gibt sowohl den Unternehmen als auch den Landesregierungen die Chance, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen.

Die schrittweise Absenkung trägt darüber hinaus auch dem Umstand Rechnung, dass die Förderung dem Ausgleich von Standortdefiziten dienen soll. Diese werden aber im Zeitverlauf geringer. Jede Neuansiedlung oder Investition macht einen Standort attraktiver, mithin die Unterstützung förderwürdiger Unternehmen weniger notwendig.

*Mirko Titze  
(Mirko.Titze@iwh-halle.de)*

## Im Fokus: Zuwanderungschancen ostdeutscher Regionen

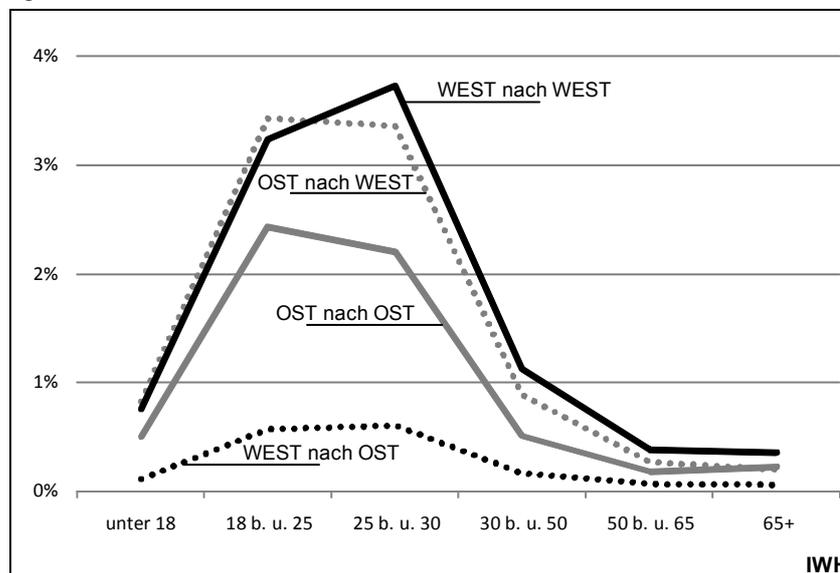
Die demographischen Projektionen für ostdeutsche Länder beschreiben für die kommenden Dekaden – bei aller regionalen Differenzierung – das Szenario einer erheblichen Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung. Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Neuen Länder werden daraus dämpfende Einflüsse auf Produktivität und Innovationsfähigkeit sowie Engpässe bei der Fachkräfte-rekrutierung abgeleitet. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach der Attraktivität der östlichen Länder als Zuwanderungsregion von essenziellem Interesse. Dabei überdeckt die Debatte um die Wanderungsverluste Ostdeutschlands nicht selten die Tatsache, dass viele Regionen Ostdeutschlands<sup>1</sup> auch erhebliche Zuzüge zu verzeichnen haben – nicht zuletzt aus Westdeutschland, auch wenn die Westzuwanderung in allen ostdeutschen Regionen – außer in Berlin – hinter der Abwanderung in die Alten Bundesländer zurückbleibt.<sup>2</sup> Dennoch weisen zahlreiche ostdeutsche Regionen mittlerweile einen positiven Binnenwanderungssaldo aus, weil sie die Verluste gegenüber Westdeutschland durch Zuwanderung aus anderen ostdeutschen Regionen kompensieren können. Zwei Komponenten treiben diese Entwicklung.

<sup>1</sup> Unter Regionen werden im Folgenden die Landkreise und kreisfreien Städte verstanden.

<sup>2</sup> Im Jahr 2005 hat nach Korrektur um Effekte der Spätaussiedlung einzig Berlin einen schwach positiven Wanderungssaldo gegenüber den Alten Bundesländern.

Abbildung 1:

Altersspezifische Fortzüge je Einwohner des Herkunftsraums<sup>a</sup>  
- getrennt für Ost- und Westdeutschland, 2005 -



<sup>a</sup> Ohne Fortzüge in Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten); West = Alte Bundesländer ohne Berlin; Ost = Neue Bundesländer mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

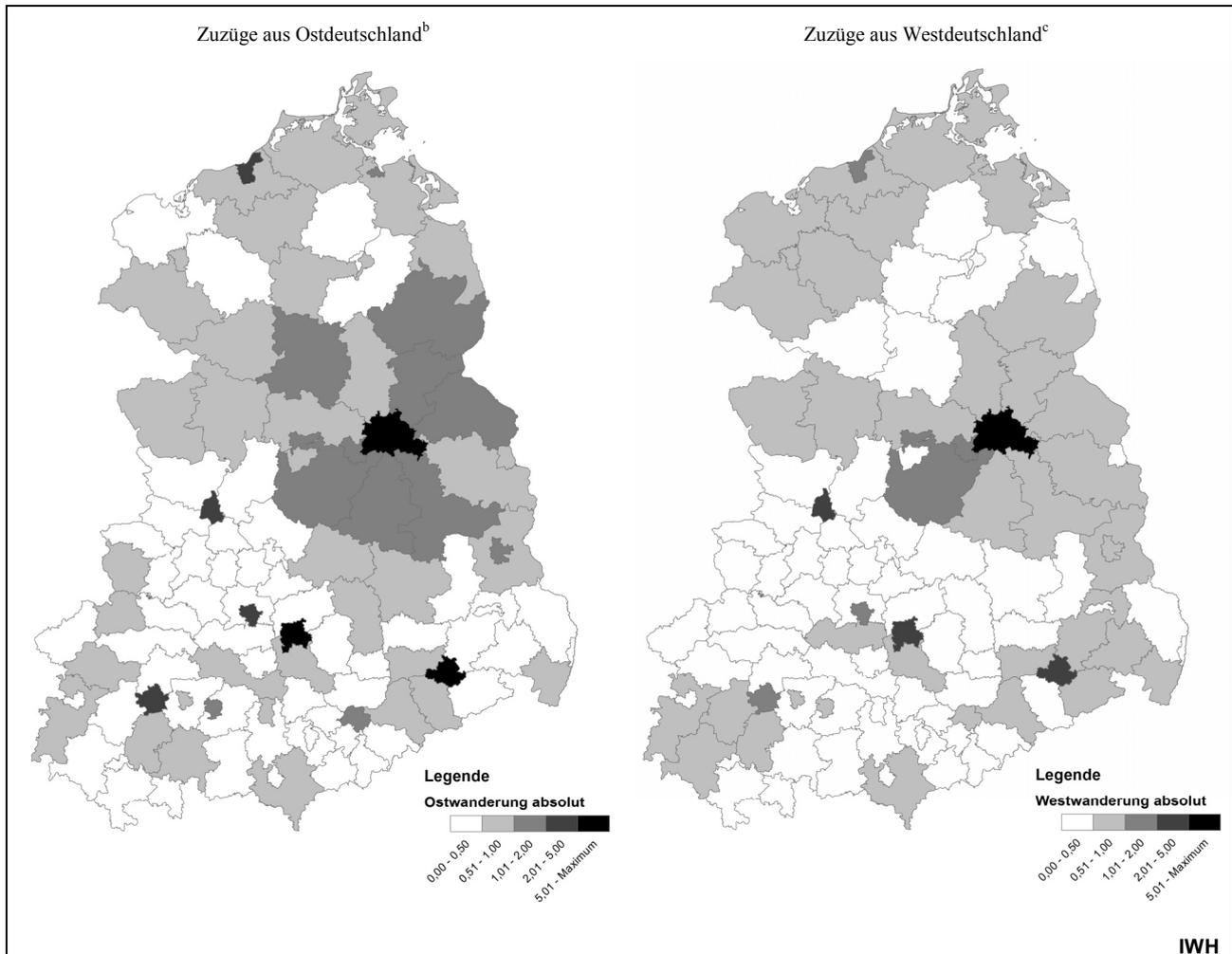
Die erste Komponente geht auf die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten zurück und führt zu Wanderungsströmen durch Suburbanisierungs-, aber auch Reurbanisierungstendenzen. Diese Aspekte betreffen die Stadt-Umland-Problematik. Das regionale Arbeitsangebot ist von diesen Bewegungen in der Regel nicht betroffen. Insofern sind diese Wanderungsformen unter regionalökonomischem Blickwinkel von nachrangigem Interesse und werden im Folgenden ausgeblendet.<sup>3</sup> Dies gilt

<sup>3</sup> Dies geschieht über folgendes Kriterium: Wanderungen zwischen benachbarten Regionen werden ausgeblendet, ferner werden Wanderungen nicht berücksichtigt, die über eine Distanz von 60 Minuten Fahrzeit (Auto), gemessen an der Entfernung zwischen den Verwaltungssitzen der Regionen, nicht hinausgehen.

nicht für die zweite Komponente, nämlich die Wanderungsbewegungen, die über diese Pendlerdistanz hinausgehen und somit weiträumigere Umzüge darstellen. Ostdeutsche Regionen, die bei diesen Wanderungen eine positive Bilanz aufweisen, können echte Alternativen zu einer Wanderung in westdeutsche Regionen darstellen. Die folgende Analyse befasst sich allein mit Zuzügen nach Ostdeutschland, die dieser zweiten Kategorie zuzuordnen sind.

In aggregierter Betrachtung zeigt Abbildung 1 zunächst, dass die Westdeutschen vergleichsweise selten in den Osten wandern, während die Ostdeutschen ihrer Heimat öfter den Rücken kehren. Dies trifft besonders stark für die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen zu. Dieses Bild spricht für die

Abbildung 2:  
 Anteile am Zuzug<sup>a</sup> aus Ost- und Westdeutschland in ostdeutsche Regionen, 2005  
 - in % -



<sup>a</sup> Ohne Zuzüge aus Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten). – <sup>b</sup> Bezogen auf Zuzüge aus den Neuen Bundesländern einschließlich Berlin. – <sup>c</sup> Bezogen auf Zuzüge aus den Alten Bundesländern ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

Attraktivität der westdeutschen Regionen, indes macht die Abbildung auch deutlich, dass zumindest in den jüngeren Altersgruppen nicht zu vernachlässigende Teile der Fortzüge aus ostdeutschen Regionen im Osten verbleiben.

Abbildung 2 macht die Verteilung der absoluten Zuwanderung aus Westdeutschland und Ostdeutschland in ostdeutsche Regionen sichtbar. Die absolute Betrachtung erscheint notwendig, da im

Wettbewerb um Zuwanderung ein gewisses Maß an Zuzügen erforderlich ist, damit von attraktiven Zielregionen gesprochen werden kann. Wie zu erwarten zeigt sich, dass die primären Zielgebiete die großen urbanen Zentren sind. Der bei Weitem stärkste Zuwanderungsstrom fließt nach Berlin.

Im Jahr 2005 flossen 33% der westdeutschen und 15% der ostdeutschen Zuwanderung in die Bundeshauptstadt. Dresden und Leipzig folgen in deutlichem Ab-

stand. Generell lässt sich sagen, dass die Regionen, welche die meisten Westdeutschen anziehen, auch von den Ostdeutschen bevorzugt werden. Dies sind in erster Linie die großen Städte. Ein Unterschied zwischen ostdeutscher und westdeutscher Zuwanderung in ostdeutsche Regionen besteht hinsichtlich der Streuung der Zielgebiete. Die Verteilung der westdeutschen Zuwanderung ist deutlich konzentrierter, d. h., wenige Zuwanderungsregionen absor-

Tabelle 1:

Die zehn ostdeutschen Regionen mit der größten absoluten Zuwanderung<sup>a</sup>

- Regionaler Anteil an Gesamtzuwanderung, 2005 -

	Zuzüge aus Ostdeutschland				Zuzüge aus Westdeutschland			
	Ost-Zuzug insgesamt	davon: Familienwanderung	Bildungs- und Erwerbswanderung	Altenwanderung	West-Zuzug insgesamt	davon: Familienwanderung	Bildungs- und Erwerbswanderung	Altenwanderung
1	Berlin	Berlin	Berlin	Berlin	Berlin	Berlin	Berlin	Berlin
2	Dresden	Leipzig	Dresden	Leipzig	Leipzig	Leipzig	Leipzig	Dresden
3	Leipzig	Dresden	Leipzig	Dresden	Dresden	Dresden	Dresden	Leipzig
4	Rostock	Rostock	Magdeburg	Rostock	Magdeburg	Potsdam	Magdeburg	Erfurt
5	Magdeburg	Magdeburg	Rostock	Märk.-Oderland	Rostock	Rostock	Rostock	Potsdam-Mittelm.
6	Erfurt	Potsdam	Halle	Potsdam-Mittelm.	Halle	Magdeburg	Halle	Rostock
7	Halle	Erfurt	Erfurt	Ostprign.-Ruppin	Erfurt	Erfurt	Erfurt	Potsdam
8	Potsdam	Potsdam-Mittelm.	Potsdam	Erfurt	Potsdam	Halle	Jena	Magdeburg
9	Jena	Uckermark	Jena	Uckermark	Potsdam-Mittelm.	Potsdam-Mittelm.	Greifswald	Halle
10	Greifswald	Halle	Greifswald	Ostvorpommern	Jena	Chemnitz	Potsdam	Bad Doberan
KR1	14,5	13,8	15,8	10,7	33,0	35,1	32,2	28,9
KR5	36,0	29,1	43,4	22,8	45,3	45,8	46,8	39,0
KR10	45,3	37,4	55,2	31,6	51,8	52,5	53,9	45,8
Anzahl	111 274	38 201	59 674	13 399	114 528	46 922	52 258	15 348
Anteil	100	34,3	53,6	12,0	100	41,0	45,6	13,4

<sup>a</sup> Ohne Zuzüge aus Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten); KR = Konzentrationsrate, entspricht dem prozentualen Anteil der einen, der fünf bzw. der zehn größten Regionen am Gesamtzuzug.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:

Die zehn ostdeutschen Regionen mit den höchsten Zuwanderungsraten<sup>a</sup>

- Zuzüge je Einwohner in Zielregion, 2005 -

	Zuzüge aus Ostdeutschland				Zuzüge aus Westdeutschland			
	Zuzugsrate aus Ost insgesamt	davon: Familienwanderung	Bildungs- und Erwerbswanderung	Altenwanderung	Zuzugsrate aus West insgesamt	davon: Familienwanderung	Bildungs- und Erwerbswanderung	Altenwanderung
1	Greifswald	Potsdam	Greifswald	Ostprign.-Ruppin	Greifswald	Potsdam	Greifswald	Görlitz
2	Rostock	Rostock	Magdeburg	Rügen	Weimar	Berlin	Magdeburg	Rügen
3	Dresden	Leipzig	Dresden	Ostvorpommern	Berlin	Görlitz	Weimar	Bad Doberan
4	Leipzig	Ostprign.-Ruppin	Leipzig	Bad Doberan	Jena	Weimar	Berlin	Potsdam
5	Jena	Greifswald	Rostock	Rostock	Magdeburg	Jena	Wismar	Nordwestmeckl.
6	Magdeburg	Stralsund	Jena	Nordvorpommern	Rostock	Rostock	Rostock	Ludwigslust
7	Potsdam	Weimar	Erfurt	Müritz	Potsdam	Leipzig	Leipzig	Weimar
8	Stralsund	Rügen	Potsdam	Uckermark	Wismar	Dresden	Jena	Berlin
9	Erfurt	Dresden	Stralsund	Prignitz	Leipzig	Greifswald	Dresden	Uecker-Randow
10	Weimar	Brandenburg	Halle	Greifswald	Görlitz	Schwerin	Erfurt	Müritz

<sup>a</sup> Ohne Zuzüge aus Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

bieren den größten Teil des Wanderungsstroms. Während gemäß der Konzentrationsrate KR5 36% der Zuwanderung Ostdeutscher in die fünf attraktivsten Städte (Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg und

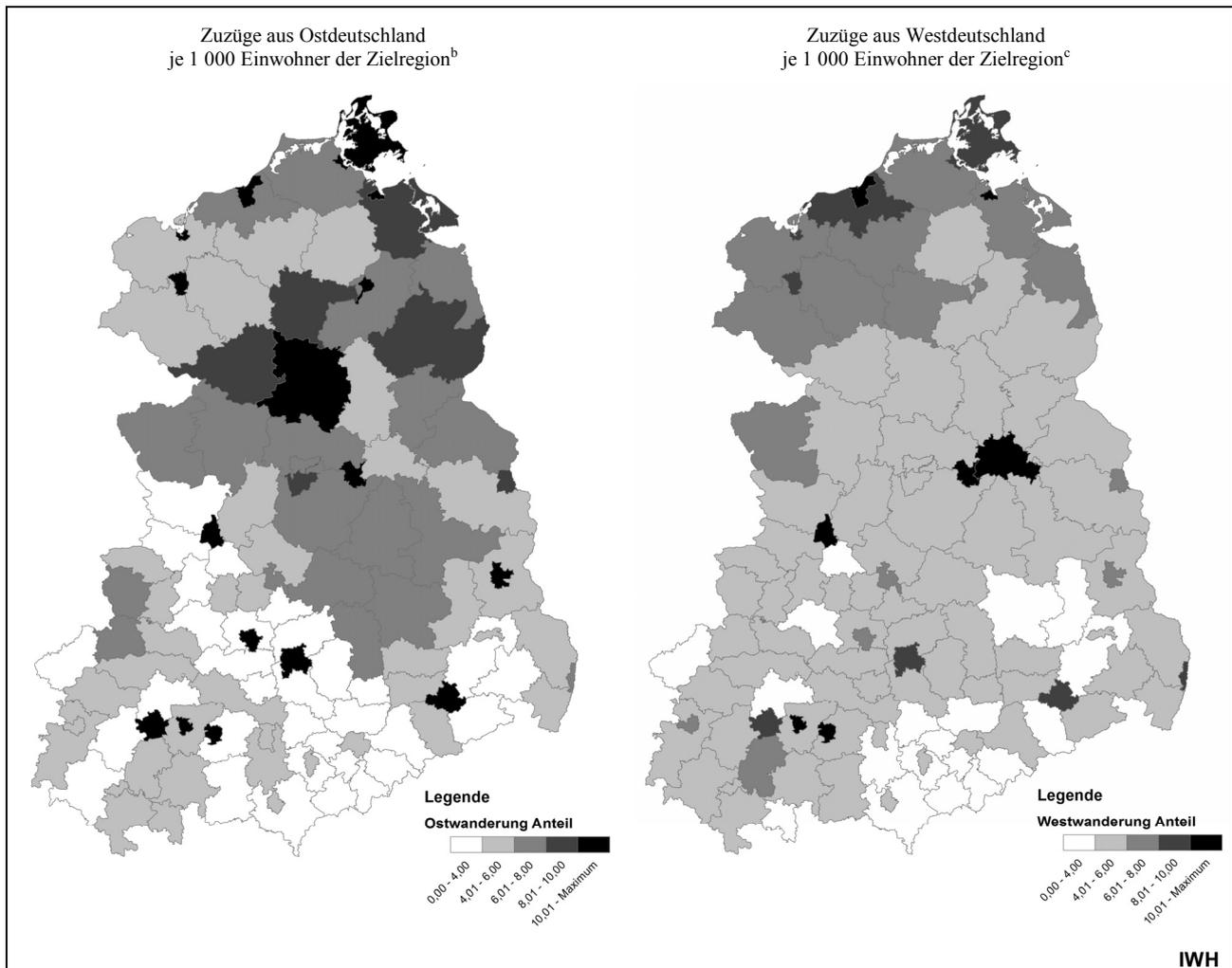
Rostock) fließen, sind dies bei den Westdeutschen 45%.

Tabelle 1 ermöglicht auch einen Vergleich der Verteilung der Zuwanderung zwischen unterschiedlichen Wanderungsformen,

welche idealtypisch anhand von Altersgruppen abgegrenzt wurden.<sup>4</sup> Als zentrales Ergebnis zeigt

<sup>4</sup> Es wird der Kategorisierung des Bundesamts für Bauwesen und Raumord-

Abbildung 3:  
Zuzüge aus Ost- und Westdeutschland in ostdeutsche Regionen je 1 000 Einwohner der Zielregion, 2005<sup>a</sup>



<sup>a</sup> Ohne Zuzüge aus Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten). – <sup>b</sup> Zuzüge aus den Alten Bundesländern ohne Berlin je Einwohner der Zielregion. – <sup>c</sup> Zuzüge aus den Neuen Bundesländern einschließlich Berlin je Einwohner der Zielregion.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

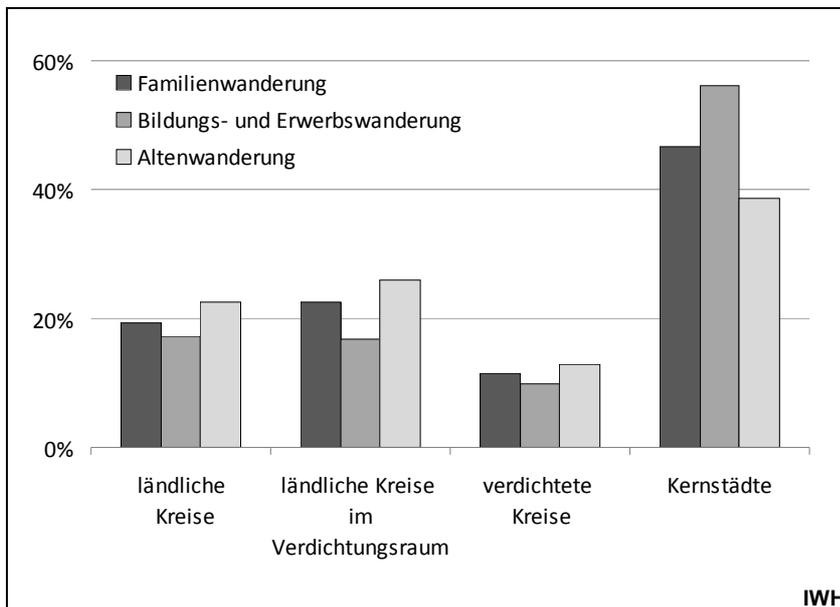
sich, dass die Anziehungskraft der urbanen Zentren – insbesondere der Universitätsstädte – bei den Bildungs- und Berufswanderern, welche die größte Gruppe der Zuwandernden darstellen, noch stärker ausgeprägt ist als bei den übrigen Wandertypen. Hinzu kommt, dass die Verteilung des

Wanderungsstroms bei dieser Form am stärksten konzentriert ist, während die Ströme der Altenwanderung weniger deutlich korreliert sind. In der Ost-West-Betrachtung fällt auf, dass Berlin über alle Altersgruppen hinweg eine Sonderrolle für die Zuwanderung Westdeutscher spielt und selbst bei der Altenwanderung fast 30% des Zustroms absorbiert. Somit scheint das Entscheidungskalkül westdeutscher Zuwanderer vornehmlich durch die bekanntesten ostdeutschen Städte bestimmt zu sein.

Neben dieser absoluten Betrachtung, die stark durch Größeneffekte beeinflusst ist, spiegelt sich die Attraktivität einer Region auch in einer überdurchschnittlichen Zuzugsrate wider, d. h. in den mit den Einwohnern der Zielregion gewichteten Zuzügen. Dieser Blickwinkel unterstützt die These, dass gerade in Bezug auf die westdeutsche Zuwanderung die urbanen ostdeutschen Zentren als potenzielle Zuwanderungsgebiete gewählt werden (vgl. Abbildung 3 und Tabelle 2). Auch die

nung (BBR) gefolgt: Bildungs- und Berufswanderung: 18 bis unter 30 Jahre; Familien-, Wohnungsmarktwanderung: 0 bis unter 18 Jahre und 30 bis unter 50 Jahre; Altenwanderung: 50 Jahre und älter.

Abbildung 4:  
Verteilung der Zuwanderung nach Wanderungsform und Regionstyp<sup>a</sup>  
- Anteil der absoluten Zuzüge in ostdeutsche Regionen, 2005 -



<sup>a</sup> Ohne Zuzüge aus Nachbarregionen oder Regionen in Pendlerdistanz (60 Minuten); Zuzüge aus Ost- und Westdeutschland aggregiert.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

aus der absoluten Betrachtung gewonnene Erkenntnis, dass die ostdeutsche Zuwanderung weniger konzentriert ist, wird untermauert. Daneben zeigen sich aber auch Unterschiede. Diese bestehen zum einen in der vermehrten Zuwanderung älterer Kohorten in kulturell bzw. landschaftlich attraktive Regionen, wobei diese Entwicklung die westdeutsche Zuwanderung besonders kennzeichnet. Zum anderen wird deutlich, dass die Existenz tertiärer Bildungseinrichtungen auch in kleineren kreisfreien Städten zu steigenden Zuzügen führt.

Die Attraktivität der Städte bleibt auch in der nach Regionstypen differenzierten Analyse erhalten (Abbildung 4). Es bestätigt sich die These, dass die Bildungs- und Erwerbswanderer am stärksten von den urbanen Zentren angezogen werden und deren Verteilung deutlich konzentrierter ist als die der übrigen Formen. Die nicht zu vernachlässigende Wanderung in die ländlichen Kreise ist demgegenüber zum größeren Teil auf die Familien- und Altenwanderung zurückzuführen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die urbanen Zen-

tren im Wettbewerb um Zuwanderung die attraktivsten Rahmenbedingungen sowohl für Ost- als auch für Westdeutsche bieten können. Daneben bestehen Zuwanderungspotenziale für Regionen mit herausgehobenen kulturellen sowie naturräumlichen Charakteristika oder aber mit überregional bedeutsamen Bildungsinstitutionen. Letztgenannte Merkmale wirken dabei vorzugsweise auf jüngere Zuwanderer, während Natur- und Kulturaspekte vornehmlich Ältere anzusprechen scheinen. Aus regionaler Sicht sprechen diese Befunde dafür, dass Zuwanderung – zumindest was die Zuzüge aus Ost- und Westdeutschland betrifft – demographisch bedingte Knappheiten am Arbeitsmarkt nur in den ostdeutschen Wirtschaftszentren dämpfen kann. Daneben bestehen für ländliche Räume und dezentral gelegene Städte Zuwanderungspotenziale, z. B. durch Senioren, wenn diese Regionen aufgrund ihrer natur- und kultur-räumlichen Besonderheiten eine überdurchschnittliche Lebensqualität ermöglichen. Auf das regionale Arbeitsangebot werden diese Zuzüge indes kaum Wirkung entfalten.

Alexander Kubis  
(Alexander.Kubis@iwh-halle.de)  
Lutz Schneider  
(Lutz.Schneider@iwh-halle.de)

## Unternehmensbesatz in Ostdeutschland: Befunde aus dem Unternehmensregister

### – Kurzfassung –

*Der Beitrag nimmt einen Vergleich des Unternehmensbesatzes in Ostdeutschland mit jenem zu Westdeutschland vor. Er bedient sich einer neuen statistischen Informationsgrundlage – des Unternehmensregisters. Die Frage der Unternehmensbasis ist für die ostdeutsche Wirtschaft von Bedeutung, weil zu Beginn der Systemtransformation nur noch ein rudimentärer privatwirtschaftlicher Unternehmenssektor existierte und heute immer noch eine Ost-West-Arbeitsplatzlücke existiert. Die empirischen Befunde zu den Ost-West-Unterschieden beim Unternehmensbesatz fallen nicht eindeutig aus. Sie hängen nicht zuletzt von der gewählten Bezugsbasis – Einwohnerzahl einerseits oder Bruttoinlandsprodukt andererseits – ab. Bezogen auf die Einwohnerzahl zeigt sich in Ostdeutschland ein Besatz, der bei rund 88% des westdeutschen Vergleichswerts liegt. Stärker fällt der Ost-West-Unterschied vor allem im Verarbeitenden Gewerbe aus. Speziell bei größeren Industrieunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten liegt der Besatz je 10 000 Einwohner in Ostdeutschland nur bei rund 41% desjenigen in Westdeutschland.*

*Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt existieren in Ostdeutschland dagegen im Durchschnitt aller Branchen mehr Unternehmen. Dies würde bedeuten, dass die Marktgröße in Ostdeutschland kaum mehr Unternehmen zulässt. Vor diesem Hintergrund wäre eigentlich ein spezieller wirtschaftspolitischer Unterstützungsbedarf zur Verbreiterung der Unternehmensbasis in Ostdeutschland nicht mehr angezeigt. Dem ist aber nicht so. Die industrielle Basis, die nicht einseitig von der einheimischen Marktgröße abhängt, sondern überregional agiert, bedarf der weiteren Verbreiterung. Die Wirtschaftspolitik ist gefordert, weiterhin die Ansiedlung vor allem von größeren Industrieunternehmen in Ostdeutschland zu unterstützen, speziell von solchen, die Forschung und Entwicklung durchführen. Davon profitieren auch die unternehmensnahen Dienstleister. Die weitere Entwicklung des übrigen Unternehmenssektors wird insbesondere vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum abhängen.*

Gerhard Heimpold (Seite 384)

## Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt: Warum ältere Beschäftigte weniger mobil sind

### – Kurzfassung –

*Die absehbare Alterung der Erwerbstätigen in Deutschland wird Konsequenzen für die Beschäftigtenmobilität haben, ist doch bekannt, dass die Wechselneigung mit zunehmendem Alter sinkt. Die vorliegende Arbeit analysiert auf Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS) die Wirkung des Alters auf die betriebliche und berufliche Mobilität. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob Ältere weniger mobil sind, weil sie bereits eine passende und gut entlohnte Position innehaben, die sie durch einen Wechsel nicht mehr wesentlich verbessern können, oder ob andere Aspekte zur Erklärung*

*des altersbedingten Mobilitätsrückgangs heranzuziehen sind.*

*Im Ergebnis zeigt sich erstens, dass erwartete Lohnzuwächse die betriebliche und berufliche Mobilität über alle Altersklassen hinweg positiv beeinflussen. Zweitens wird deutlich, dass ältere Beschäftigte sehr viel seltener wechselbedingte Lohnzuwächse realisieren können als jüngere, was einen zentralen Grund für die geringere Wechselneigung Älterer darstellt. Drittens belegt die Analyse jedoch ebenfalls, dass die fehlenden Lohnanreize den Mobilitätsrückstand Älterer nicht vollständig*

erklären können. Selbst nach Kontrolle des Einkommenseffekts wechseln Ältere sehr viel seltener als Junge.

Aufgrund dieser Befunde lässt sich die Ansicht, dass die zunehmende Alterung der Beschäftigten die Effizienz des Arbeitsmarkts in tendenziell negativer Weise beeinflussen wird, nicht entkräften. Es steht zu befürchten, dass Ältere weniger sensibel auf Lohnsignale reagieren und selbst durch

attraktive Angebote nicht zu einem Wechsel bewegt werden können. Dies kann Unternehmen mit wachsendem Beschäftigungspotenzial vor erhebliche Probleme stellen, mit entsprechend negativen Folgen für den technologischen und sektoralen Wandel.

Lutz Schneider (Seite 391)

## Ökonomische Effekte von Forschungsinstituten – Eine Analyse am Beispiel des IWH –

### – Kurzfassung –

Die öffentlich finanzierte Forschungsinfrastruktur Deutschlands besteht u. a. aus den Hochschulen, den im Rahmen von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe geförderten Forschungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft sowie einer Reihe von Ressortforschungsinstituten, die dem Bund und den Ländern für die Erfüllung spezifischer Aufgaben zuzuordnen sind. Sie erfüllen zunächst ihre originären Aufgaben, die sich aus der Art der Institution, beispielsweise einer Universität, die für Forschung und Lehre zuständig ist, aus dem Gründungsauftrag oder dem im Statut definierten Profil ergibt. Neben diesen institutionell gegebenen Leistungen stehen aber oft auch bedeutende Effekte der Stabilisierung regionaler Wirtschaftsstrukturen. Es war insbesondere die schwedische Schule der Regionalökonomik, die darauf aufmerksam machte, dass nachhaltige Verbesserungen in benachteiligten Regionen oft einen stabilen Kern – eine Behörde, eine Hochschule oder eine For-

schungseinrichtung – benötigten, um durch die damit bedingten erhöhten Gehälter und die sich entwickelnden Kooperationsstrukturen eine darauf aufbauende nachhaltige Wirtschaftsstruktur zu erzeugen.

In Ostdeutschland spielen die öffentlichen Forschungseinrichtungen angesichts der ungenügenden industriellen Forschungsdichte eine besonders wichtige Rolle für die langfristige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Üblicherweise stehen die Forschungsleistung und ihre Relevanz im Zentrum der Betrachtung. Diese Untersuchung fokussiert auf ökonomische Effekte, durch die die Nachfrage des Instituts nach Personal sowie sonstige Leistungen ausgelöst werden. Beispielhaft wird dies anhand des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle ausgeführt. Es wird gezeigt, dass das Institut einen wesentlichen regionalökonomischen Stabilisierungsbeitrag leistet.

Ulrich Blum (Seite 398)

## Unternehmensbesatz in Ostdeutschland: Befunde aus dem Unternehmensregister

In Transformationsökonomien, die den Übergang von planwirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen vollziehen beziehungsweise formal vollzogen und nunmehr transformationsbedingte Anpassungsschwierigkeiten zu bewältigen haben, war und ist die Frage des Unternehmensbesatzes und seiner Verbreitung von besonderer Bedeutung. Eine solide unternehmerische Basis bildet die Grundlage für Innovationen, Wachstum und Beschäftigung. Dies trifft auch auf Ostdeutschland zu: Unter den planwirtschaftlichen Bedingungen der DDR war privates Unternehmertum gesellschaftspolitisch unerwünscht. So existierten im Jahr 1988 nur noch 82 234 private Handwerksunternehmen, während es im Jahr 1952 noch 303 821 waren.<sup>5</sup> Im Bereich der Industrie war im Ergebnis der Verstaatlichungswelle des Jahres 1972 der ohnehin rudimentäre privatwirtschaftliche Sektor verstaatlicht worden. Gleichzeitig wurde eine starke Konzentration der Industrieproduktion zugunsten von Großbetrieben vollzogen: Existierten im Jahr 1955 noch beinahe 20 000 Industriebetriebe, waren es 1989 noch 3 400, was einer Verringerung um rund vier Fünftel entspricht, bei gleichzeitiger Versiebenfachung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Betrieb. Klein- sowie Kleinstbetriebe verschwanden; an ihre Stelle traten Großbetriebe.

Im Ergebnis der Zurückdrängung des privaten Sektors und der Konzentrationsbestrebungen zugunsten von Großbetrieben existierte zum Zeitpunkt des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen also nur eine sehr geringe Zahl privater Unternehmen. Unternehmerische Tradition war somit in der Bevölkerung kaum mehr vorhanden.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Diese und die nachfolgenden Daten und Fakten über die Unternehmens- beziehungsweise Betriebslandschaft in der DDR fußen auf der ausführlichen Darstellung in: LUDWIG, U.: Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der ehem. DDR bis zur Vereinigung, in: H. G. Merk (Hrsg.), Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit. Metzler – Poeschel: Stuttgart 1994, S. 93-126, hier speziell S. 104, 107.

<sup>6</sup> Eine Analyse der Motivationen und Erfahrungen ostdeutscher Unternehmerinnen und Unternehmer findet sich beispielsweise in LANG, C.: Was unternehmen?! Erfahrungen und Selbstinterpretationen ostdeutscher Unternehmer/

Vor dem Hintergrund der skizzierten Umbruchsituation soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, wie sich mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen der Unternehmensbesatz in Ostdeutschland darstellt. Die Frage des Unternehmensbesatzes hat eine anhaltende wirtschaftspolitische Relevanz, besteht doch nach wie vor eine Arbeitsplatzlücke in Ostdeutschland.<sup>7</sup>

Verglichen wird der Unternehmensbesatz in Ostdeutschland mit jenem in Westdeutschland. Zwar ist ein Vergleich mit dem Unternehmensbesatz in Westdeutschland nicht ohne Probleme, weil die Ausprägung der Unternehmenslandschaft in einer Region nicht unabhängig von den Mustern der wirtschaftlichen Arbeitsteilung ist. Diese weisen in Ostdeutschland bestimmte transformationsbedingte Besonderheiten auf. Im Zuge der Privatisierung fand in der ersten Hälfte der 90er Jahre im Zeitraffer-tempo in den Industrieunternehmen eine Konzentration auf das Kerngeschäft bei gleichzeitiger Aufgabe oder Auslagerung<sup>8</sup> von Dienstleistungsfunktionen, etwa von Forschung und Entwicklung, statt. Im Zuge der Privatisierung entstanden in Ostdeutschland häufig industrielle Einheiten mit reiner Produktionsfunktion, während die Unternehmenszentralen in Westdeutschland gelegen waren und sind. Es ist nicht auszuschließen, dass wegen der in Westdeutschland vorhandenen größeren Zahl von Unternehmen mit Headquarterfunktionen dort ein höherer Grad der Integration von Unter-

---

innen auf dem Weg in die Marktwirtschaft. IWH-Forschungsreihe 1/1999. Halle (Saale).

<sup>7</sup> Vgl. LUDWIG, U. et al.: Ostdeutsche Wirtschaft: Kein aufholendes Produktionswachstum 2008 und 2009, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2008, S. 205-225, hier speziell S. 206.

<sup>8</sup> So existieren in Ostdeutschland beispielsweise 300 externe industrielle Forschungseinrichtungen, die häufig aus Forschungsabteilungen von DDR-Unternehmen hervorgegangen sind. Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG: Bundesbericht Forschung und Innovation 2008. Bonn, Berlin 2008, S. 184. Zu diesen externen Forschungseinrichtungen gehören insbesondere auch die so genannten „Forschungs-GmbHs“. Diese dürften typischerweise dem Dienstleistungssektor zugerechnet sein, und nicht dem Verarbeitenden Gewerbe.

nehmensfunktionen gegeben ist. Ungeachtet der beispielhaft skizzierten möglichen Einschränkungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit wird der westdeutsche Unternehmensbestand als Referenzgröße verwendet, weil die verwendete Datenbasis in Form des Unternehmensregisters zumindest methodisch eine weitgehend vergleichbare, einheitliche Informationsgrundlage bietet.

Zum Zwecke des Ost-West-Vergleichs müssen die jeweiligen Unternehmensbestände auf eine Bezugsgröße normiert werden. Denkbar sind verschiedene Bezugsgrößen, die jeweils ein anderes Licht auf den Unternehmensbestand werfen: zum einen die Einwohnerzahl<sup>9</sup> oder die Zahl der erwerbsfähigen Einwohner (im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren), zum anderen das Bruttoinlandsprodukt<sup>10</sup> in der jeweiligen Region.

Hinter der Ermittlung des Unternehmensbesatzes als Zahl der Unternehmen je 10 000 Einwohner oder je 10 000 Erwerbsfähige steht die Vorstellung, über eine adäquate Unternehmensbasis zu verfügen, um für eine gegebene Wohnbevölkerung beziehungsweise für den Teil, der erwerbsfähig ist, Einkommenserzielungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Hinter der Ermittlung des Unternehmensbesatzes je Einheit Bruttoinlandsprodukt steht die Vorstellung, dass die Zahl der Unternehmen auch von der Größe eines Markts beeinflusst wird.<sup>11</sup> Im empirischen Teil dieses Beitrags werden beide Sichtweisen berücksichtigt.

Zur Untersuchung des Unternehmensbesatzes wird auf eine vergleichsweise neue statistische Informationsgrundlage zurückgegriffen – das Unternehmensregister. Empirisch basierte Analysen zur Frage des Unternehmensbesatzes waren bis vor kur-

zem mit der Situation einer sehr fragmentierten statistischen Basis konfrontiert: Zurückgegriffen wurde sehr häufig auf die Umsatzsteuerstatistik, die die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen ausweist, oder auf die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit, die die Zahl der Betriebe enthält, die mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Weitere Informationsquellen waren der Mikrozensus (Selbstständigenzahl) sowie die Mitgliederstatistiken der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern. Jede dieser Statistiken bildete nur Teile des Unternehmens- beziehungsweise des Betriebsbestands ab und wies spezifische Einschränkungen in der Aussagekraft auf.<sup>12</sup>

Daten des *Unternehmensregisters* bieten im Unterschied zu den oben genannten statistischen Quellen – mit gewissen Einschränkungen – die umfassendsten Informationen über den Unternehmens- sowie den Betriebsbestand und deren Merkmale.

Im Kasten sind wichtige Informationen über Aussagemöglichkeiten und -grenzen des Unternehmensregisters enthalten.

Die nachfolgende empirische Analyse basiert auf der Zahl der Unternehmen, die im Jahr 2005 aktiv waren (Auswertungsstand 31.12.2007),<sup>13</sup> in der Gliederung nach Wirtschaftsabschnitten (Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 – WZ 2003) sowie in der Unterteilung nach Beschäftigtengrößenklassen.

Für die vorgenommene Analyse wurden Daten in der Gliederung nach Bundesländern verwendet, die im Gemeinsamen Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlicht worden sind.<sup>14</sup> Weil der vorliegende Beitrag

<sup>9</sup> Eine Analyse des Unternehmensbesatzes auf der Basis von Einwohnerzahlen wurde vorgenommen in: HEIMPOLD, G.: Aktuelle Trends: Die Unternehmenslücke in Ostdeutschland schließt sich noch nicht, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 12/2003, S. 330. – HEIMPOLD, G.: Die Unternehmenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland – ein zentrales Problem der ostdeutschen Wirtschaft?, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 9/2001, S. 199-205.

<sup>10</sup> Der Unternehmensbesatz, im speziellen Fall der Selbständigenbesatz, wird von Ragnitz nicht nur auf die Einwohnerzahl, sondern auch auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen. Vgl. RAGNITZ, J.: Aktuelle Trends: Gibt es in Ostdeutschland eine Unternehmenslücke?, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 4/2007, S. 3.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda.

<sup>12</sup> Vgl. zur Aussagekraft verschiedener Arten von Unternehmens- und Betriebsstatistiken z. B. LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. et al.: *Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung*, Heft 27. Essen 1999, S. 64-71.

<sup>13</sup> Aufgrund der erst seit kurzem gegebenen Verfügbarkeit von Daten aus dem Unternehmensregister war im Rahmen des vorliegenden Beitrags eine Analyse längerfristiger Veränderungen des Unternehmensbestands, die grundsätzlich erstrebenswert wäre, nicht möglich.

<sup>14</sup> Vgl. GEMEINSAMES DATENANGEBOT DER STATISTISCHEN ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER: Unternehmen und Betriebe. Übersichtstabellen, in: [http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de\\_enterprise.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_enterprise.asp), Zugriff am 16.07.2008.

Kasten:

Daten des Unternehmensregisters als Informationsgrundlage für die empirische Analyse des Unternehmensbesatzes<sup>a</sup>

Das Unternehmensregister stellt eine Datenbank dar, die Unternehmen und Betriebe erfasst, die steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen erbringen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufweisen.

Die Unterscheidung zwischen Unternehmen und Betrieben wird wie folgt vorgenommen: „Ein Unternehmen wird in der amtlichen Statistik als kleinste rechtlich selbständige Einheit definiert, die aus handels- oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss.“<sup>b</sup> „Ein Betrieb ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort. Zu dem Betrieb zählen zusätzliche örtlich und organisatorisch angegliederte Betriebsteile. Es muss mindestens ein Beschäftigter im Auftrag des Unternehmens arbeiten.“<sup>c</sup>

Datenquellen des Unternehmensregisters bilden gemäß der oben dargestellten Erfassungskriterien insbesondere die Datenbestände der Finanzbehörden, sofern sie die Umsatzsteuerpflichtigen und die so genannten Organschaften betreffen, die Datenbestände der Bundesagentur für Arbeit (Betriebsdatei) und der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern. Ferner werden die Datenbestände über Gewerbean- und -abmeldungen herangezogen, um Bestandsänderungen zu erfassen.

Nicht im Unternehmensregister enthalten sind Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei und Fischzucht sowie die öffentlichen Verwaltungen.

Die Daten des Unternehmensregisters liegen zum einen für das jeweilige Berichtsjahr vor. Zum anderen liegen diese Daten bezogen auf einen Stichtag vor. Der zeitliche Nachlauf bis zur Veröffentlichung der Daten des Unternehmensregisters wird mit zwei Jahren angegeben. Die auf das Berichtsjahr bezogenen Daten geben Auskunft über den Bestand an Unternehmen und Betrieben im betreffenden Zeitraum. Bei der stichtagsbezogenen Auswertung wird berücksichtigt, ob das betreffende Unternehmen beziehungsweise der betreffende Betrieb zum Stichtag noch ökonomisch aktiv waren.<sup>d</sup> Weil bei diesem stichtagsbezogenen statistischen Ausweis nur die Abgänge, aber nicht die Zugänge erfasst sind, ergibt sich beim Vergleich der zeitraumbezogenen Unternehmensbeziehungsweise Betriebszahlen mit den stichtagsbezogenen Werten eine numerische Differenz. Letztgenannte Werte fallen geringer als erstgenannte aus.

<sup>a</sup> Die in diesem Kasten enthaltenen Informationen fußen auf MÖDINGER, P.; PHILIPP, K.: Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister, in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, 4/2007, S. 342-351, in: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Klassifikationen/Klassifikation0407.property=file.pdf>, Zugriff am 26.08.2008. – STURM, R.; TÜMMLER, T.: Das statistische Unternehmensregister – Entwicklungsstand und Perspektiven, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 10/2006, S. 1021-1036, in: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/UnternehmenGewerbeanzeigen/UnternehmensregisterEntwicklungsstandPerspektiven.property=file.pdf>, Zugriff am 18.08.2008, sowie den Angaben in STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 2007. 19 Unternehmen. Methodische Erläuterungen, S. 482, in: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/Al/IC/Publikationen/Jahrbuch/Unternehmen.property=file.pdf>, Zugriff am 19.08.2008; STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Unternehmen und Arbeitsstätten. Auswertung aus dem Unternehmensregister. 31.12.2006. Statistische Berichte, D II j/06, Halle (Saale) 2007, Definitionen, S. 6 in: [http://www.stala.sachsen-anhalt.de/download/stat\\_berichte/6D201\\_j\\_2006.pdf](http://www.stala.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6D201_j_2006.pdf), Zugriff am 18.07.2008. – <sup>b</sup> STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Unternehmen und Arbeitsstätten. Auswertung aus dem Unternehmensregister, a. a. O., Definitionen, S. 6. – <sup>c</sup> Ebenda. – <sup>d</sup> In den veröffentlichten Erläuterungen zum Unternehmensregister wird darauf verwiesen, dass es keine Datenbasis gibt, aus der explizit die Stilllegung von Unternehmen hervorgehen würde. Bei der statistischen Pflege des Unternehmensregisters wird daher von einer Beendigung der wirtschaftlichen Aktivitäten ausgegangen, „[...] vor allem wenn in den beiden letzten Verarbeitungszyklen keine Datenaktualisierung aus den Verwaltungsdaten mehr erfolgt ist [...]“ (STURM, R.; TÜMMLER, T.: Das statistische Unternehmensregister, a. a. O., S. 1022).

den Unternehmensbesatz in *Ostdeutschland* zum Gegenstand hat, erfolgt eine Zusammenfassung der Länderwerte der fünf ostdeutschen Flächenländer und des Werts für Berlin. Das Land Berlin wird mit in die Analyse einbezogen, weil es zusammen mit seinem Brandenburger Umland regionalökonomisch gesehen eine funktionale Einheit bildet. Die räumliche Zuordnung der Unternehmen erfolgt

bei den veröffentlichten Daten anhand ihres Sitzes.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Vgl. MÖDINGER, P.; PHILIPP, K.: Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister, in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, 4/2007, S. 342-351, hier speziell S. 349, in: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Klassifikationen/Klassifikation0407.property=file.pdf>, Zugriff am 26.08.2008.

Der Fokus wird auf den Besatz mit *Unternehmen*, und nicht auf jenen mit Betrieben gelegt, weil Unternehmen jene ökonomischen Einheiten darstellen, in welchen die wirtschaftlich relevanten Entscheidungen getroffen werden. Da es allerdings Fälle gibt, bei denen sich der Unternehmenssitz nicht in, sondern außerhalb Ostdeutschlands befindet und ein oder mehrere Betriebe, die zum betreffenden Unternehmen gehören, in Ostdeutschland ansässig sind, wird zusätzlich der *Betriebsbesatz* in die quantitative Analyse einbezogen.<sup>16</sup> Während der Unternehmensbesatz also Auskunft über die Zahl der wirtschaftlichen Einheiten gibt, die mit Direktionsfunktionen ausgestattet sind, gibt der Betriebsbesatz tendenziell Auskunft über die örtlichen Einheiten, in denen die Güter- und Dienstleistungsproduktion stattfindet. Ein Ausweis eines Betriebs erfolgt im Unternehmensregister, wenn dort „[...] mindestens ein Beschäftigter im Auftrag des Unternehmens [...]“<sup>17</sup> tätig ist.

### ***Bezogen auf die Einwohnerzahl weniger Unternehmen als in Westdeutschland***

Die absolute Unternehmenszahl beläuft sich im Jahr 2005 in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) auf 637 208, in Westdeutschland auf 2 829 917.<sup>18</sup> Je 10 000 Einwohner existieren im Osten Deutschlands rund 380 Unternehmen, im Westen rund 431, der ostdeutsche Unternehmensbesatz liegt im Durchschnitt bei 88,2% des westdeutschen Vergleichswerts.

Ermittelt man den Unternehmensbesatz auf Basis der Zahl der Erwerbsfähigen, liegt die Unternehmenszahl je 10 000 Erwerbsfähige im Osten bei 84,4% des westdeutschen Werts, d. h., der Ost-West-Unterschied hinsichtlich der Unternehmenszahl je 10 000 Einwohner fällt bei Verwendung der Erwerbsfähigen als Bezugsbasis etwas größer aus (vgl. Tabelle, vorletzte Wertespalte, unterer Teil).

---

<sup>16</sup> Auf den Betriebsbesatz wird aus Platzgründen bei der textlichen Darstellung und Interpretation der Befunde nicht eingegangen. Die entsprechenden Angaben sind zur Komplettierung der Befunde in der Tabelle dargestellt. Die Unterschiede zwischen Unternehmens- und Betriebsbesatz betreffen hauptsächlich das Niveau der Besatzwerte.

<sup>17</sup> MÖDINGER, P.; PHILIPP, K.: *Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister*, a. a. O., S. 349.

<sup>18</sup> Die Zahl der Betriebe beträgt in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) 684 231, in Westdeutschland 2 980 275.

### ***In Ostdeutschland deutlich weniger große Industrieunternehmen***

Im Verarbeitenden Gewerbe, zu dem der industrielle Bereich gehört,<sup>19</sup> der in Ostdeutschland einen besonders gravierenden Umstrukturierungsprozess durchlaufen hat, fällt der Ost-West-Unterschied größer als im Durchschnitt aller Branchen aus: Der Besatz mit Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes liegt in Ostdeutschland bei 73,1% des westdeutschen Vergleichswerts (vgl. Tabelle). Eine Auffächerung nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt zudem, dass speziell in der obersten Beschäftigtengrößenklasse, d. h. bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 250 und mehr Beschäftigten, der Besatz je 10 000 Einwohner bei 40,8% des westdeutschen Vergleichswerts liegt. Der Betriebsbesatz im Verarbeitenden Gewerbe liegt in der obersten Beschäftigtengrößenklasse bei 46% des westdeutschen Vergleichswerts. Mithin gibt es in Ostdeutschland in der Industrie – in Relation zur Einwohnerzahl – sowohl weniger größere Unternehmen als auch weniger größere Betriebe, wobei der Unterschied zwischen beiden Werten als Hinweis auf einen bereits in anderen Untersuchungen konstatierten Mangel an Unternehmenszentralen in Ostdeutschland angesehen werden kann.<sup>20</sup>

Ähnlich niedrig wie im Verarbeitenden Gewerbe, nämlich bei 74,9% des westdeutschen Werts, liegt der Unternehmensbesatz in der Wirtschaftsabteilung „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“. Zu dieser Branchengruppe gehören auch die unternehmensnahen Dienstleistungen, etwa im Bereich Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zwischen dem Unternehmensbesatz im Verarbeitenden Gewerbe und jenem im Bereich, zu dem auch die unternehmens-

---

<sup>19</sup> Unter der Rubrik des Verarbeitenden Gewerbes werden in der amtlichen Statistik neben den industriellen Unternehmen auch Handwerksunternehmen subsumiert.

<sup>20</sup> Vgl. BLUM, U.: *Der Einfluß von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 6/2007, S. 187-194, hier speziell S. 189.

Tabelle:  
Unternehmens- und Betriebsbesatz in Ostdeutschland (einschl. Berlin) und Vergleich mit den Werten in Westdeutschland

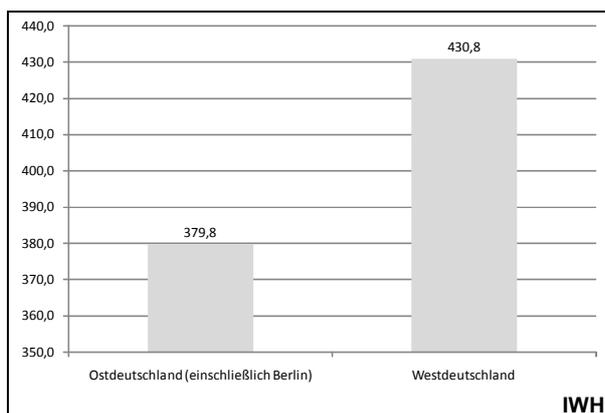
WZ	Insgesamt	davon mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2005					Insgesamt	davon mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2005					Insgesamt
		0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	250 und mehr	0 bis 9		10 bis 49	50 bis 249	250 und mehr			
		Zahl der im Jahr 2005 aktiven Unternehmen je 10 000 Einwohner <sup>a</sup> (Unternehmensbesatz) in Ostdeutschland (einschl. Berlin)						Zahl der im Jahr 2005 aktiven Betriebe je 10 000 Einwohner <sup>a</sup> (Betriebsbesatz) in Ostdeutschland (einschl. Berlin)					
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	0,4	0,1
D	Verarbeitendes Gewerbe	27,8	20,6	5,4	1,6	0,2	29,4	21,3	5,9	1,9	0,3	40,4	13,8
E	Energie- und Wasserversorgung	1,1	0,9	0,1	0,0	0,0	1,3	1,0	0,2	0,1	0,0	1,6	0,6
F	Baugewerbe	54,9	50,6	3,8	0,4	0,0	55,4	50,9	4,1	0,4	0,0	79,6	27,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	79,4	74,1	4,7	0,5	0,1	90,1	81,8	7,2	1,0	0,1	115,2	39,4
H	Gasgewerbe	28,6	27,0	1,4	0,2	0,0	29,9	27,9	1,8	0,2	0,0	41,4	14,2
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	17,1	15,1	1,7	0,3	0,0	19,7	16,6	2,5	0,5	0,1	24,9	8,5
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	5,9	5,7	0,1	0,1	0,0	7,6	6,9	0,5	0,2	0,0	8,5	2,9
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	90,6	85,8	3,9	0,8	0,1	95,4	88,9	5,1	1,2	0,1	131,5	45,0
M	Erziehung und Unterricht	6,8	5,4	0,9	0,4	0,1	8,8	6,3	1,8	0,6	0,1	9,8	3,4
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	30,5	27,1	2,3	0,8	0,2	31,5	27,6	2,7	1,0	0,2	44,2	15,1
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	36,9	34,6	1,8	0,5	0,1	38,4	35,7	2,1	0,5	0,1	53,5	18,3
	Insgesamt	379,8	347,0	26,1	5,7	1,0	407,8	365,0	33,9	7,8	1,1	551,1	188,6
		(% Westdeutschland einschl. Bremen und Hamburg = 100%)											
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	68,5	61,1	95,3	90,3	87,0	72,8	65,6	99,3	86,5	61,2	65,6	98,8
D	Verarbeitendes Gewerbe	73,1	69,3	92,1	83,8	40,8	75,0	70,5	95,9	87,2	46,0	70,0	105,4
E	Energie- und Wasserversorgung	60,0	51,6	142,2	147,4	96,0	63,7	54,2	124,8	129,4	97,3	57,5	86,6
F	Baugewerbe	134,0	136,2	110,9	131,2	70,9	134,6	136,5	114,7	142,0	122,1	128,3	193,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	84,3	85,4	76,1	52,7	34,9	87,2	88,0	83,4	66,6	45,4	80,8	121,6
H	Gasgewerbe	84,1	83,1	107,5	107,0	73,4	85,5	84,1	110,2	119,7	136,4	80,6	121,3
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	98,2	98,7	97,8	89,7	59,0	101,6	100,5	108,4	105,6	100,8	94,1	141,7
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	93,3	98,4	31,0	46,8	35,5	90,5	96,4	55,0	67,9	42,1	89,3	134,5
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	74,9	74,4	86,2	85,7	78,7	77,4	76,2	98,2	100,9	90,1	71,7	108,0
M	Erziehung und Unterricht	94,0	90,1	85,8	259,1	413,2	98,9	90,2	107,3	275,0	367,5	90,0	135,5
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	107,0	109,5	84,3	101,6	121,2	107,4	110,0	90,7	94,8	98,3	102,5	154,3
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	89,7	88,0	120,4	170,6	123,4	88,5	86,5	119,2	161,4	162,0	85,9	129,4
	Insgesamt	88,2	87,9	91,2	91,9	69,0	89,9	89,2	97,0	98,6	75,5	84,4	127,1

<sup>a</sup> Einwohnerzahl im Jahresdurchschnitt 2005. – <sup>b</sup> Erwerbsfähige: Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. – <sup>c</sup> Bruttoinlandsprodukt 2005 in jeweiligen Preisen in Ostdeutschland beziehungsweise in Westdeutschland.

Quellen: Unternehmenszahlen: Gemeinsames Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Unternehmen und Betriebe, a. O.; Einwohner-/Erwerbsfähigkeitszahlen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik regional, a. O.; Berechnungen des IWH; Bruttoinlandsprodukt: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007, Reihe I Länderergebnisse, Band I, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.) im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M., Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008, erschienen im März 2008, in: [http://www.vgrdi.de/Arbeitskreis\\_VGR/ibls/R1B1.zip](http://www.vgrdi.de/Arbeitskreis_VGR/ibls/R1B1.zip), Zugriff am 03.07.2008.

nahen Dienstleistungen gehören. Beide Bereiche weisen in modernen Volkswirtschaften typischerweise enge Verknüpfungen auf und bedingen sich gegenseitig.

Abbildung 1:  
Zahl der im Jahr 2005 aktiven Unternehmen je 10 000 Einwohner in Ostdeutschland und in Westdeutschland



Quellen: Unternehmenszahlen: Gemeinsames Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Unternehmen und Betriebe, a. a. O.; Einwohnerzahlen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik regional. Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands, Ausgabe 2007, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.); Herstellung und Redaktion: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW), Düsseldorf 2007 (DVD-ROM); Berechnungen des IWH.

In zwei Bereichen liegt die Zahl der Unternehmen je 10 000 Einwohner in Ostdeutschland über den westdeutschen Vergleichswerten: im Baugewerbe und im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

Der im Vergleich zu den westdeutschen Verhältnissen um rund ein Drittel höhere Besatz mit Unternehmen im Baugewerbe kann immer noch eine Folge des Baubooms sein, der für die ostdeutsche wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Hälfte der 90er Jahre kennzeichnend war.

Der ostdeutsche Mehrbesatz im Gesundheits- und Sozialwesen spiegelt möglicherweise auch die demographische Situation in Ostdeutschland wider. Ältere Personen, die im Osten etwas höhere Anteile an der Gesamtbevölkerung aufweisen,<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Der Anteil von Personen, die 65 Jahre und älter sind, betrug Ende 2005 in Ostdeutschland einschließlich Berlin 20,3%, in den ostdeutschen Flächenländern 21,1%. In

fragen entsprechende Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialbereichs nach, was auch im Unternehmensbesatz seinen Niederschlag finden könnte. Hinzu kommt, dass in Ostdeutschland der Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens mit zu den – gemessen an der Beschäftigung – größten Branchen zählt, und dass ostdeutsche Regionen teilweise ihre Kapazitäten im Gesundheitsbereich gezielt als Standortfaktor vermarkten. Beispielsweise wird das im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern<sup>22</sup> oder auch im Land Berlin angestrebt, etwa mit dem Standort Berlin-Buch.<sup>23</sup>

### ***Eine andere Sicht: Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt mehr Unternehmen im Osten***

Bei Verwendung des Bruttoinlandsprodukts als Bezugsgröße für die Ermittlung des Unternehmensbesatzes im Ost-West-Vergleich zeigt sich ein anderes Bild als bei Verwendung der Einwohnerzahl. Es existieren in Ostdeutschland mehr Unternehmen je 100 Mio. Euro Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abbildung 2). Ein ähnliches Bild zeigte sich auch in einer früheren Analyse des IWH, die den Selbstständigenbesatz im Ost-West-Vergleich zum Gegenstand hatte.<sup>24</sup>

Der Befund, dass bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland mehr Unternehmen als in Westdeutschland existieren, betrifft beinahe alle Wirtschaftsbereiche (vgl. Tabelle, letzte Wertespalte, unterer Teil). Lediglich in der Energie- und Wasserversorgung liegt die Unternehmenszahl je 100 Mio. Euro Bruttoinlandsprodukt unter dem westdeutschen Vergleichswert. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich „Grundstücks- und Woh-

Westdeutschland betrug der Vergleichswert sowohl insgesamt als auch in den westdeutschen Flächenländern jeweils 19% (Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Daten aus: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik regional, a. a. O.).

<sup>22</sup> Vgl. MVregio: Mecklenburg-Vorpommern will sich als Gesundheitsregion Nummer eins in Deutschland etablieren, MVregio Rostock ddp/hro, Artikel erstellt: 08.12.2005, 20:13, zuletzt geändert: 02.03.2007, 18:38, in: [http://www.mvregio.de/mvr/nachrichten\\_mv/8494.html](http://www.mvregio.de/mvr/nachrichten_mv/8494.html), Zugriff am 21.08.2008.

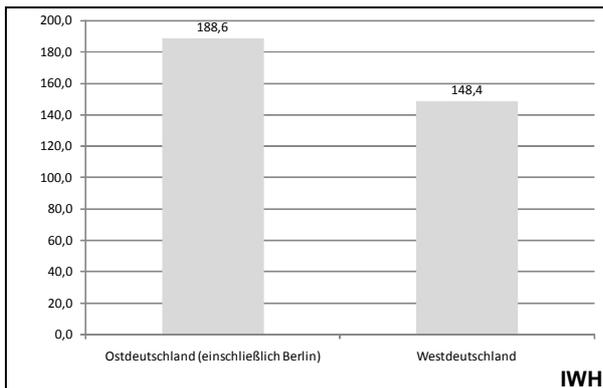
<sup>23</sup> Vgl. BBB Management GmbH Campus Berlin-Buch: Berlin-Buch. Die Gesundheitsregion: Biotechnologie - Kliniken-Forschung - Medizin - Gesundheit, 2008, in: <http://www.berlin-buch-gesundheitsregion.de/>, Zugriff am 30.09.2008.

<sup>24</sup> Vgl. RAGNITZ, J., a. a. O, S. 3.

nungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ fällt bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt die Abweichung nach oben beim Unternehmensbesatz relativ gering aus.

Abbildung 2:

Zahl der im Jahr 2005 aktiven Unternehmen je 100 Mio. Euro Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in Ostdeutschland und in Westdeutschland



Quellen: Unternehmenszahlen: Gemeinsames Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Unternehmen und Betriebe. Übersichtstabellen, a. a. O.; Bruttoinlandsprodukt: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007, a. a. O.

Der Tatbestand, dass je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland mehr Unternehmen als in Westdeutschland existieren, ist im Grunde nur ein anderer Ausdruck für den nach wie vor existierenden Rückstand hinsichtlich der Produktivität im Vergleich zum westdeutschen Produktivitätsniveau.

### Fazit

Verglichen mit der eingangs beschriebenen Situation in den letzten Jahren der DDR-Planwirtschaft hat sich die Unternehmensbasis in Ostdeutschland, auf privatwirtschaftlicher Grundlage, deutlich verbreitert. Aus einem Land, das noch vor knapp zwei Jahrzehnten großbetrieblich geprägt war, ist nunmehr eine Region geworden, die – wie anderswo in hochentwickelten Volkswirtschaften – durch einen breiten Bestand an kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichnet ist.

Bei einer Bewertung des Unternehmensbesatzes könnte sich die Frage ergeben, ob nun in Ostdeutschland im Vergleich mit den westdeutschen Verhältnissen zu viele oder zu wenige Unternehmen existieren? Die auf die Einwohnerzahl bezogenen Befunde suggerieren eine Unternehmenslücke. Das auf das Bruttoinlandsprodukt bezogene Untersuchungsergebnis bestätigt das Bild von der Unternehmenslücke dagegen nicht.

Rekurriert man auf letztgenannten Befund, wäre die Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen eigentlich keine Aufgabe der Wirtschaftspolitik mehr, um die sie sich in Ostdeutschland besonders kümmern müsste. Dieser Schluss sollte jedoch aus zwei Gründen nicht voreilig gezogen werden: Zum einen sind speziell die Industrieunternehmen und die unternehmensnahen Dienstleister typischerweise nicht auf lokale und regionale Märkte fokussiert. Mithin ist die Zahl der Unternehmen in diesen Bereichen weniger als in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen von der Größe des heimischen Markts abhängig. Um speziell in Ostdeutschland die wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzubringen, bleibt die Attrahierung vor allem größerer Industrieunternehmen, insbesondere solcher mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, auf der wirtschaftspolitischen Agenda. Von einer Stärkung der industriellen Basis profitieren auch die unternehmensnahen Dienstleister. Zum anderen sollte auch in jenen Bereichen, in denen sich gemessen am Bruttoinlandsprodukt ein höherer Unternehmensbesatz im Vergleich zu den westdeutschen Verhältnissen zeigt, die Entwicklung der Unternehmenslandschaft nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Gerade die Gründung vieler Unternehmen in Ostdeutschland aus der Notsituation hoher Arbeitslosigkeit heraus könnte dazu führen, dass eine Reihe dieser Gründungen keinen Bestand am Markt hat. Zur Stabilisierung des Unternehmensbestands bleibt also noch viel zu tun. Ein hohes Wirtschaftswachstum, das eine Stabilisierung und Erweiterung der Unternehmensbasis erlaubt, bleibt ebenso auf der Tagesordnung wie die Anregung von Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.

*Gerhard Heimpold*  
(Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)

## Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt: Warum ältere Beschäftigte weniger mobil sind

Die Wirkung des demographischen Wandels auf die Arbeitsmärkte ist in jüngster Zeit zum Thema zahlreicher Untersuchungen geworden. Im Vordergrund stehen dabei Analysen zur Beschäftigungsfähigkeit und zum Produktivitäts- bzw. Innovationspotenzial einer alternden Erwerbsbevölkerung, zum Fachkräftemangel angesichts schwach besetzter Kohorten im frühen Erwerbsalter sowie zum Einfluss der Kohortengröße auf den Arbeitsmarkterfolg. Ein Aspekt, der eher selten beleuchtet wird, betrifft den Zusammenhang von Alterung und Arbeitsmarktmobilität. Zwar finden sich nicht wenige empirische Untersuchungen, welche – meist als Beiprodukt – einen negativen Einfluss des Alters auf die Mobilität am Arbeitsmarkt belegen. Die Ursachen dieses Alterseffekts werden indes nicht in den Blick genommen.

Lässt die Vernachlässigung dieses Themas auf dessen Irrelevanz schließen, ist mit anderen Worten die qua Alterung bereits heute absehbare Reduktion von Mobilität ein wirtschaftspolitisch unerheblicher Sachverhalt? Die geringere Wechselneigung wäre dann kein Problem, wenn ältere Beschäftigte an ihrer Position deshalb festhielten, weil sie anderswo weniger produktiv sind. Wechselten sie hingegen auch dann nicht, wenn es für sie aufgrund von Lohnzuwächsen ökonomisch sinnvoll wäre, dann können sich aufgrund der Unwirksamkeit von Lohnsignalen Ineffizienzen am Arbeitsmarkt einstellen.

In diesem Zusammenhang versucht der vorliegende Beitrag zu klären, ob Mobilität erstens überhaupt einkommensorientiert erfolgt, ob ältere Beschäftigte zweitens qua Wechsel Lohnzuwächse realisieren können und ob drittens fehlende Lohnanreize den Mobilitätsrückstand Älterer vollständig erklären können. Mit der Beantwortung dieser Fragen wird sichtbar, ob und in welcher Weise die Alterung auf die Effizienz des Arbeitsmarkts wirkt. Die Analyse beschränkt sich auf die *betriebliche* und *berufliche* Mobilität von Beschäftigten. Es wird zwischen Wechseln unterschieden, die nur den Betrieb betreffen, den beruflichen Status aber unverändert lassen, und Wechseln, die Betriebs- und Berufsstatus verändern. Ferner wird nur freiwillige

Mobilität berücksichtigt, erzwungene Wechsel bleiben – soweit dies die Datenbasis zulässt – ausgeblendet.

### ***Lohnt sich Mobilität für Ältere?***

Aus ökonomischer Perspektive wird die Entscheidung für einen betrieblichen bzw. beruflichen Wechsel, zumindest wenn er nicht erzwungen wird, durch die Differenz von erwarteten Erträgen und Kosten bestimmt, wobei sich der Wechselertrag aus dem Verhältnis des Lohns von neuem und altem Job ergibt. Aus theoretischer Sicht stellt sich nun die Frage, wie das Alter eines Individuums einerseits auf die zu erwarteten Erträge eines Wechsels, andererseits auf dessen Kosten wirkt.

Mit Blick auf die Erträge eines Wechsels – also des Lohndifferenzials von neuem und altem Job – ist zu vermuten, dass sich diese mit zunehmendem Alter verringern. Zur theoretischen Begründung lassen sich vornehmlich zwei Konzepte der Arbeitsmarkttheorie anführen: *Matching* und *Spezifisches Humankapital*.<sup>25</sup>

a) Matching-Modelle erklären die höhere Wechselwahrscheinlichkeit Jüngerer mit deren geringerer Arbeitsmarkterfahrung. Hierdurch steigt die Wahrscheinlichkeit eines Mismatches, d. h., Job und Beschäftigte passen nicht zueinander, das Arbeitsverhältnis wird bei nächster Gelegenheit gelöst. Es hat zwei Ursachen, dass dieses Problem vornehmlich Personen mit geringer Arbeitsmarkterfahrung betrifft: Die Fähigkeiten eines Bewerbers und die Anforderungen eines Jobs können ex ante nur unzureichend ermittelt werden; geeignete Stellen werden erst im Zeitverlauf verfügbar. Vor diesem Hintergrund weisen Ältere allein dadurch eine geringere Mobilität auf, weil sie – aufgrund ihrer längeren Verweildauer am Arbeitsmarkt – bereits einen geeigneten und gut entlohnten Job gefunden haben sollten. Die Wahrscheinlich-

---

<sup>25</sup> Eine gute Darstellung der Konzepte bietet CAHUC, P.; ZYLBERBERG, A.: Labor Economics. MIT Press: Cambridge/Mass., London 2004.

keit, sich durch einen weiteren Wechsel zu verbessern, sinkt hingegen.

- b) Gemäß dem Konzept des spezifischen Humankapitals haben Ältere im Rahmen ihrer Erwerbsgeschichte innerhalb eines Betriebs bzw. Berufs einen erheblichen Bestand an spezifischem Humankapital akkumuliert, der zu einer Steigerung der Produktivität und der Entlohnung führt. Sofern dieses spezifische Humankapital nicht in einen anderen Betrieb oder aber Beruf übertragen werden kann, wird ein Wechsel mit Produktivitäts- und Einkommensverlusten verbunden sein, die Rendite eines potenziellen Wechsels sinkt.

Hinsichtlich der Unterscheidung von beruflicher und betrieblicher Mobilität ist aufgrund der dargestellten Ansätze zu vermuten, dass der Alterseffekt bei impliziertem Berufswechsel größer ist als bei betrieblicher Mobilität, welche den Berufsstatus unverändert lässt. Insbesondere der Ansatz des spezifischen Humankapitals leistet hier einen Erklärungsbeitrag. Sofern Spezifität nicht betriebs-, sondern berufsorientiert ist, sollten die Alterseffekte eines rein betrieblichen Wechsels gering sein. Dennoch bestehende Alterseffekte eines rein betrieblichen Wechsels könnten dann allenfalls durch den Matching-Ansatz erklärt werden.

Das Alter wirkt indes nicht nur auf das Lohn-differenzial eines Wechsels, sondern ebenfalls auf die Mobilitätskosten. Auch hier zeigt sich, dass sich Ältere höheren Kosten gegenübersehen. So profitieren Ältere in hohem Maß von Vorteilen, die zwar nicht in die Entlohnung eingehen, bei einem Wechsel aber dennoch verlorengehen. Hierzu zählen die gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Regelungen zu Kündigungsschutz, Urlaubsanspruch, Arbeitszeit, betrieblicher Altersvorsorge, Weiterbildung, Krankengeld etc., die bei einem Wechsel des Arbeitsgebers unter Umständen wegfallen, da sie an die Dauer der Betriebszugehörigkeit geknüpft sind.<sup>26</sup> Ferner haben ältere Erwerbs-

tätige in der Regel höhere Kosten in den bestehenden Zustand bzw. in daran geknüpfte Verhältnisse versenkt, die durch einen Wechsel also abgeschrieben werden müssen. Hierzu zählen etwa soziale Netzwerke im Betrieb, Reputation, im Fall von überregionalen Betriebswechseln aber auch Aspekte der Privatsphäre (Familie, private Netzwerke, Wohnung, Grundstück etc.).

### ***Bisherige Analysen beleuchten nur Teilaspekte***

Mit Blick auf den Einfluss des Alters auf die betriebliche und berufliche Mobilität zeigt sich in der empirischen Literatur ein fast durchgängiges Muster. Demnach wirkt das Alter negativ auf die Wechselneigung.<sup>27</sup> Eine Klärung der differenzierteren Frage nach den Ursachen der reduzierten Wechselneigungen findet sich in der empirischen Literatur hingegen kaum. Nichtsdestotrotz muss auf zwei Stränge der ökonomischen Arbeitsmarktforschung verwiesen werden, deren Ergebnisse für die Beantwortung der vorliegenden Fragestellung relevant sind. Der erste Strang thematisiert den Zusammenhang von individuellen Lohnzuwächsen und Mobilität. Die zweite Richtung untersucht, welche Wirkung die Zugehörigkeitsdauer zu Betrieb und Beruf, die Arbeitsmarkterfahrung und damit zumindest indirekt das Alter auf individuelle Lohnzuwächse ausüben.

Ein Ergebnis des ersten Strangs besagt, dass individuelle Lohnzuwächse zu einem erheblichen Teil auf Betriebswechsel zurückzuführen sind, ein erwartetes positives Einkommensdifferenzial mithin ein wesentlicher Treiber der Mobilitätsentscheidung sein sollte. Ferner zeigt sich, dass wechselbedingte Lohngewinne insbesondere in frühen Phasen der Erwerbsbiographie von Bedeutung sind. Hinsichtlich des Einflusses der Zugehörigkeit zu Betrieb und Beruf, der Arbeitsmarkterfahrung und des Alters auf die Lohnentwicklung liefern die Studien Evidenz für substanzielle Erträge aus der Arbeitsmarkterfahrung und der Dauer der Berufszugehörigkeit, hingegen ist der Effekt der Betriebszugehörigkeit – zumindest für Deutschland – wesentlich geringer oder nicht vorhanden. Die Befunde

<sup>26</sup> Vgl. zu senioritätsabhängigen Tarifregelungen in Deutschland BISPINCK, R.: Senioritätsregeln in Tarifverträgen, in: Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung. Lit Verlag: Münster 2006, S. 129-199. Der Autor zeigt, dass senioritätsspezifische Tarifregelungen hauptsächlich auf dem Gebiet des Kündigungsschutzes von Bedeutung sind.

<sup>27</sup> Für einen Überblick siehe FARBER, H. S.: Mobility and Stability: The Dynamics of Job Change in Labor Markets, in: O. Ashenfelter, D. Card (eds), Handbook of Labor Economics, Vol. 3, 1999, pp. 2439-2483.

Kasten:  
Schätzansatz

Um den Einfluss des Alters auf Löhne und Beschäftigungsmobilität zu schätzen, wird ein Mehrgleichungsmodell – das so genannte *switching regression model with endogenous switching* – verwendet, das in der vorliegenden Form auf eine Arbeit von Mertens<sup>a</sup> zurückgeht. Ausgangspunkt ist ein Probit-Ansatz, der die Mobilitätsentscheidung in Abhängigkeit von den Erträgen und den Kosten eines Wechsels modelliert. Die abhängige Variable  $R$  nimmt den Wert eins an, wenn ein Wechsel erfolgt, anderenfalls den Wert von null:

$$R_i = a(E_{Z,i} - E_{U,i}) + bK_i + \varepsilon_i \quad \text{mit} \quad \begin{cases} R_i = 1, \text{ falls } r_i > 0 \\ R_i = 0, \text{ falls } r_i \leq 0 \end{cases} \quad (1)$$

Individuum  $i$  wechselt die Beschäftigung, wenn der nicht beobachtbare Wechselertrag  $r$  größer null ist, d. h. die Differenz aus dem Einkommen im Zielzustand  $E_z$  und dem Einkommen im Ursprungszustand  $E_u$  die Wechselkosten  $K$  übersteigt. *Ex ante* kennt Individuum  $i$  jedoch weder das Einkommen, das es bei einem Wechsel, noch jenes, das es bei Verbleib erhalten würde, und muss Erwartungen bezüglich der jeweiligen Zustände bilden. Dies wird im Modell dadurch abgebildet, dass nicht die tatsächlichen – nur ex post beobachteten –, sondern die erwarteten Löhne in das Probit-Modell eingesetzt werden. Um dies zu bewerkstelligen, müssen vor der Schätzung von Gleichung (1) zwei Einkommensgleichungen geschätzt werden, die den erwarteten Lohn bei Verbleib bzw. bei Wechsel berechenbar machen. Konkret werden die folgenden Lohnregressionen für Wechsler und Nicht-Wechsler geschätzt:

$$\log E_{Z,i} = c\Gamma_i + \nu_i \quad \text{für } \forall_i | R_i = 1, \quad (2a)$$

$$\log E_{U,i} = d\Lambda_i + \nu_i \quad \text{für } \forall_i | R_i = 0. \quad (2b)$$

Die (logarithmierten) zustandsspezifischen Einkommen  $\log E_Z$  und  $\log E_U$  werden auf geeignete individuelle Merkmale  $\Gamma$  bzw.  $\Lambda$  regressiert. Diese beinhalten Lebensalter, Ausbildung, Geschlecht, Nationalität, Stellung im Beruf, Berufsgruppe sowie Dummies für die Branchen- und Bundeslandzugehörigkeit. Ferner werden Arbeitsmarkterfahrung, Berufserfahrung und Betriebserfahrung sowie deren quadrierte Terme als exogene Variablen einbezogen. Die in (2a) bzw. (2b) geschätzten Koeffizientenvektoren  $c$  und  $d$  werden im nächsten Schritt benutzt, um den *erwarteten* Lohn bei Wechsel  $\log \hat{E}_Z$  und bei Verbleib  $\log \hat{E}_U$  und nachfolgend das Einkommensdifferenzial  $\log E_Z - \log E_U$  für jedes Individuum zu berechnen. Dieses wird in Gleichung (1) eingesetzt, es folgt Gleichung (3):

$$R_i = a(\log \hat{E}_{Z,i} - \log \hat{E}_{U,i}) + bK_i + \varepsilon_i. \quad (3)$$

Da die Kosten des Wechsels  $K$  nicht beobachtbar sind, wird auf Größen zurückgegriffen, die eine hohe Korrelation mit der latenten Größe aufweisen. Aus den im theoretischen Teil aufgezeigten Gründen wird zur Approximation der Wechselkosten auf Lebensalter, Ausbildung, Geschlecht, Nationalität, Stellung im Beruf, Berufsgruppe, Arbeitsmarkt-, Berufs-, Betriebserfahrung sowie Dummies für die Branche und den Regionstyp zurückgegriffen. Dabei wird im Gegensatz zu den Gleichungen (2a und b) der Status *vor* dem potenziellen Wechsel verwendet. Außerdem wird die Anzahl der vorherigen Betriebswechsel einbezogen, um den Effekt von Risikofreude zu kontrollieren. Ferner wird die Arbeitslosigkeitserfahrung berücksichtigt, um die Wirkung von Beschäftigten mit hohem Arbeitsplatzrisiko zu isolieren. Ein Vergleich der exogenen Variablen der Lohn- und der Wechselgleichung zeigt, dass eine hinreichende Verschiedenheit zur Identifikation der Gleichungen gewährleistet ist. Kompliziert wird das Vorgehen durch die mögliche Selektionsverzerrung in den Lohnregressionen. Da die Schätzungen getrennt für die Stichprobe der Wechsler und Nicht-Wechsler erfolgen, diese sich aber durch nicht beobachtbare Merkmale unterscheiden dürften, wird eine zweistufige Heckman-Selektionskorrektur durchgeführt.

<sup>a</sup> MERTENS, A.: Labor Mobility and Wage Dynamics. An Empirical Study for Germany in Comparison with the United States. Shaker-Verlag: Aachen 1998.

sprechen einerseits für die Wirkung von Mechanismen, welche die Matching-Ansätze beschreiben, andererseits scheint die Spezifik des Humankapitals eher auf der Berufs- als auf der Betriebsebene zu liegen. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass betriebliche Wechsel nur dann mit Abschreibungen

von Humankapital verbunden sind, wenn auch der Beruf gewechselt wird.

Vor dem Hintergrund dieser empirischen Ergebnisse lässt sich im Einklang mit den theoretischen Konzepten vermuten, dass Ältere deshalb weniger mobil sind, weil sie sich durch einen Wech-

sel nicht mehr verbessern können. Indes steht die Prüfung dieser Hypothese aus. Ferner bleibt die zentrale Frage ungeklärt, ob fehlende Lohnanreize den Mobilitätsrückstand Älterer vollständig oder nur partiell erklären.

### Empirisches Vorgehen und Datenbasis

Um diese Fragen in einem einheitlichen Rahmen beantworten zu können, wird im Folgenden ein Mehrgleichungsmodell geschätzt, das in der empirischen Literatur als *switching regression model with endogenous switching* bekannt ist. Der konkrete Schätzansatz wird im Kasten erläutert.

Als Datenbasis fungiert der Regionaldatensatz der IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975 bis 2001 (IABS-R01). Das Regionalfile stellt eine repräsentative Zwei-Prozent-Stichprobe der Beschäftigungs- und Leistungs-Historik der Bundesagentur für Arbeit dar und umfasst Daten zu 1,3 Millionen Personen. Für jeden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder Empfänger von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit liegen tagesgenaue Angaben zu sämtlichen Beschäftigungs- und Leistungsempfangsphasen (so genannten Spells) vor. Jeder Spell beinhaltet Informationen zu den individuellen Kategorien Geburtsjahr, Geschlecht, Nationalität, Entgelt, Ausbildung, Stellung im Beruf, Betriebszugehörigkeit, Region, Wirtschaftszweig und Beruf, wobei 130 Berufe unterschieden werden. Da sich die Angaben für Ostdeutsche nur bis 1992 zurückverfolgen lassen, wird lediglich die Stichprobe der Westdeutschen verwendet; diese lassen sich bis 1975 verfolgen. Ferner beschränkt sich die Analyse aus Gründen der Homogenität auf Vollzeitbeschäftigte im privaten Sektor.

Im Sinne der nachfolgenden Untersuchung wird als rein betrieblicher Wechsel bezeichnet, wenn eine Person nach dem Ende einer Beschäftigung in Betrieb A unmittelbar eine Beschäftigung in Betrieb B aufnimmt, ohne den Beruf zu wechseln. Wird zusätzlich zum Betrieb noch der Beruf gewechselt, so handelt es sich um die zweite untersuchte Wechselkategorie. Da die Untersuchung auf die freiwillige Mobilität von Beschäftigten abhebt, werden Wechsel ausgeschlossen, die zwischen den Beschäftigungsphasen Arbeitslosigkeit oder eine längere Zeit der Nicht-Beschäftigung (über einen

Monat) aufweisen. Die untersuchten Wechsel beziehen sich auf das Jahr 2000.

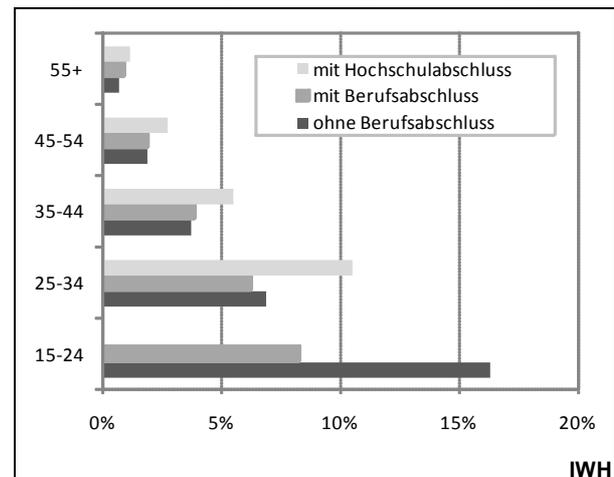
### Ältere wechseln Betrieb und Beruf seltener

Vor der Schätzung des Mehrgleichungsmodells belegt eine deskriptive Auswertung zunächst den Befund vorheriger Analysen: Die betriebliche und

Abbildung 1a:

Anteil der Beschäftigten mit Berufs- und Betriebswechsel an allen Beschäftigten<sup>a</sup>

- 2000, Westdeutsche, nach Bildungs- und Altersgruppen -



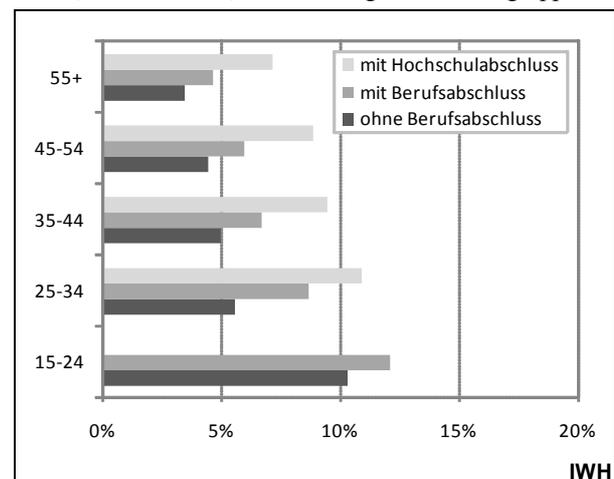
<sup>a</sup> Wegen zu geringer Fallzahl wurde die Kategorie der 15- bis 24-Jährigen mit Hochschulabschluss nicht dargestellt.

Quellen: IABS-R01; Darstellung des IWH.

Abbildung 1b:

Anteil der Beschäftigten mit Betriebswechsel ohne Berufswechsel an allen Beschäftigten<sup>a</sup>

- 2000, Westdeutsche, nach Bildungs- und Altersgruppen -



<sup>a</sup> Wegen zu geringer Fallzahl wurde die Kategorie der 15- bis 24-Jährigen mit Hochschulabschluss nicht dargestellt.

Quellen: IABS-R01; Darstellung des IWH.

Tabelle:  
 Probit-Regression (Wechselgleichung)  
 - 2000, Westdeutsche -

Abhängige Variable: Wechsel (1 = Ja/0 = Nein)	Nur Betriebswechsel	Betriebs- und Berufswechsel
Erwarteter Lohnzuwachs bei Wechsel	4,116*	2,664*
Alter (0/1): 15 bis 24 Jahre	1,058*	1,410*
25 bis 34 Jahre	0,637*	1,010*
35 bis 44 Jahre	0,232*	0,566*
45 bis 54 Jahre	0,068*	0,281*
55 Jahre und älter	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Betriebserfahrung (Verweildauer im Betrieb)	-0,058*	-0,404*
Berufserfahrung (Verweildauer im Beruf)	0,357*	-0,565*
Arbeitsmarkterfahrung (Verweildauer in Beschäftigung)	0,695*	0,957*
Arbeitslosigkeitserfahrung (Verweildauer ohne Beschäftigung)	0,713*	0,708*
Anzahl vorheriger Wechsel	0,038*	0,035*
Ausbildung (0/1): Ohne Berufsabschluss	-0,016	0,122*
Mit Berufsabschluss	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Hochschulabschluss	0,193*	0,084*
Ausbildung unbekannt	0,010	0,056*
Berufsstellung (0/1): Nicht-Facharbeiter	0,235*	0,422*
Facharbeiter	0,096*	0,207*
Meister/Polier	0,176*	0,293*
Angestellter	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Frau (0/1)	-0,288*	-0,452*
Nationalität (0/1): Deutsch	-0,143*	-0,173*
Ausländer	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Unbekannt	0,205*	-0,079
Fälle	212867	207051
Pseudo R <sup>2</sup>	0,058	0,100

Konstante, Branchen- und Regionstypendummies sind enthalten. Ein Stern \* symbolisiert statistische Signifikanz auf 5%-Niveau.

Quellen: IABS-R01; Berechnungen des IWH.

berufliche Mobilität ist negativ mit dem Alter korreliert (Abbildungen 1a und 1b). Dies gilt unabhängig von der Bildungszugehörigkeit. Es zeigt sich des Weiteren, dass Betriebswechsel ohne Veränderung des Berufsstatus erwartungsgemäß weit häufiger vorkommen als Wechsel mit beruflicher Neuorientierung. Dies gilt für die Gruppe der Personen ohne Berufsausbildung indes nur eingeschränkt. Deren berufsspezifisches Kapital dürfte – mangels Ausbildung – vergleichsweise gering sein, sodass ein Wechsel der ausgeübten Tätigkeit weniger Konsequenzen hat als für die übrigen Gruppen. Ins Auge fällt ferner der deutliche Mobilitätsrückstand von Personen mit beruflicher Bildung im Vergleich zu den Hochqualifizierten. Dies könnte für eine geringere Spezifität des Humankapitals von Akademikern sprechen, möglicherweise sind aber

auch die im Matching-Ansatz beschriebenen Informationsasymmetrien im Fall von hochqualifizierten Jobs größer.

#### ***Erwarteter Lohnzuwachs ist wichtiger Mobilitätsanreiz und sinkt mit zunehmendem Alter***

Über die einfache Feststellung des negativen Alterseinflusses hinaus macht die ökonometrische Analyse Aussagen über die Wirkungskanäle des Alters möglich. Die Ergebnisse der dabei verwendeten Methode sind in der Tabelle dargestellt.<sup>28</sup>

Der zentrale Befund lautet zunächst, dass betriebliche wie berufliche Mobilität einkommens-

<sup>28</sup> Die Tabelle bildet nur die Resultate der letzten Stufe des Modells – Gleichung 3 – ab. Die Vorstufen werden nicht eigens gezeigt.

getrieben erfolgen. Erwartet der Beschäftigte von einer anderen Position Lohnzuwächse, dann ist es wahrscheinlich, dass er seine derzeitige Stellung aufgibt. Wechsel, die zu einem Einkommensverlust führen, bilden demgegenüber eine Ausnahme. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass ein Großteil der betrachteten Wechsel freiwilliger Natur ist.<sup>29</sup>

Die aus den Lohnregressionen – Gleichung 2a und 2b – berechenbaren Lohndifferenziale eines Wechsels geben nun Aufschluss darüber, inwiefern das Alter auf den monetären Ertrag eines Wechsels wirkt.<sup>30</sup> In den Abbildungen 2a und 2b sind die zu erwartenden Lohnzuwächse eines Wechsels in Abhängigkeit vom Alter dargestellt. Der vermutete negative Einfluss des Alters wird deutlich sichtbar. Für ältere Beschäftigte ist der kalkulierte Wechselertrag durchweg kleiner als für jüngere. Da erwartete Lohnzuwächse – gemäß der Tabelle – die Mobilität erhöhen, bedeutet dieser Befund, dass zumindest ein Teil des Mobilitätsrückstands Älterer durch geringere Lohnanreize erklärt wird. Freilich machen die Lohnregressionen auch deutlich, dass nicht das Alter *per se* diesen Effekt verursacht. Vielmehr sind es hauptsächlich die mit dem Alter positiv korrelierten Erfahrungsgrößen, die für diesen Einfluss verantwortlich sind. Da die Löhne mit zusätzlicher beruflicher und betrieblicher Erfahrung steigen und diese Bestände bei einem Wechsel teilweise abgeschrieben werden müssen, reduzieren sich die geschätzten Lohndifferenziale mit zunehmender Verweildauer im Betrieb oder Beruf und damit indirekt auch mit steigendem Alter. Indes bestätigen sich die Ergebnisse vorheriger Untersuchungen, wonach der Effekt der betrieblichen Erfahrung im Vergleich zur beruflichen, aber auch der Arbeitsmarkterfahrung eher schwach ausgeprägt ist.<sup>31</sup>

Im Vergleich der Abbildungen 2a und 2b wird ferner ein deutlicher Niveaueffekt sichtbar: Über

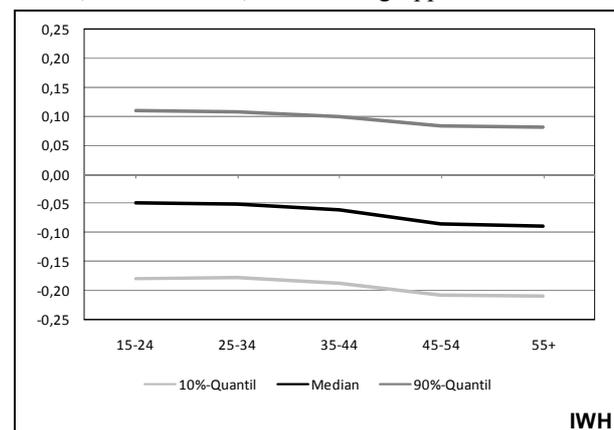
<sup>29</sup> Es sei daran erinnert, dass in der Analyse nur unmittelbare Wechsel ohne Interimsarbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Insofern ist das Resultat plausibel.

<sup>30</sup> Dies lässt sich aus den Ergebnissen der Lohnregressionen – Gleichungen 2a und 2b – ablesen. Sie sind aus Platzgründen nicht dargestellt.

<sup>31</sup> Die Arbeitsmarkterfahrung ist für den geschätzten Wechselertrag freilich nicht relevant, da sie auch bei Änderung des Betriebs oder Berufs erhalten bleibt.

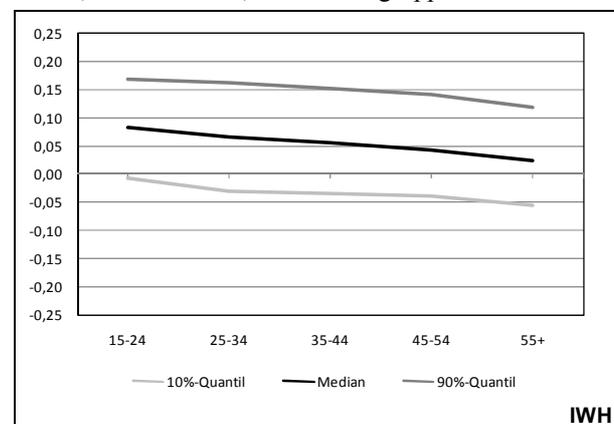
alle Altersgruppen hinweg lohnt sich ein rein betrieblicher Wechsel sehr viel häufiger als ein Wechsel, der auch den beruflichen Status verändert. Dies hat seine Ursache in den vergleichsweise geringen Senioritätserträgen – also den an die Betriebszugehörigkeitsdauer gekoppelten Lohnkomponenten. Wird nur der Betrieb gewechselt, so fällt zwar die Senioritätskomponente weg, jedoch bleiben die Erträge aus der Akkumulation beruflicher und Arbeitsmarkterfahrung erhalten. Hingegen ergeben sich für die übergroße Mehrheit der Individuen negative Differenziale im Fall eines implizierten beruflichen Wechsels, da dann auch das Berufskapital abgeschrieben werden müsste.

Abbildung 2a:  
Quantile des geschätzten Einkommensdifferenzials eines Betriebswechsels mit Berufswechsel  
- 2000, Westdeutsche, nach Altersgruppen -



Quellen: IABS-R01; Darstellung des IWH.

Abbildung 2b:  
Quantile des geschätzten Einkommensdifferenzials eines Betriebswechsels ohne Berufswechsel  
- 2000, Westdeutsche, nach Altersgruppen -



Quellen: IABS-R0; Darstellung des IWH.

### ***Fehlende Lohnanreize erklären nur einen Teil des Mobilitätsrückstands Älterer***

In der Tabelle wird eine weitere zentrale Aussage des Modells augenfällig: Selbst nach Kontrolle des Einkommenseffekts, der die Mobilitätsneigung Älterer deutlich mindert, wirkt das Alter negativ auf die Wahrscheinlichkeit einer betrieblichen oder beruflichen Neuorientierung. Ältere sind also nicht nur deswegen weniger mobil, weil ein weiterer Wechsel für sie kaum noch Einkommensverbesserungen verspricht. Vielmehr wirken über den fehlenden Lohnanreiz hinaus weitere Faktoren dämpfend auf die Wechselneigung älterer Beschäftigter.

Worin diese Faktoren bestehen, kann auf Basis der vorliegenden Analyse nicht abschließend entschieden werden. Aus theoretischer Sicht, aber auch aufgrund bisheriger empirischer Analysen lassen sich mehrere grundlegende Aspekte anführen. Erstens erhöhen institutionelle Regelungen die Mobilitätsbarrieren für Ältere, wobei dem Kündigungsschutz die größte Bedeutung beizumessen ist.<sup>32</sup> Zweitens mag es auf Seiten der Arbeitsnachfrage Einstellungsvorbehalte gegenüber älteren Bewerbern geben, sodass bestimmte Jobs für Beschäftigte jenseits einer gewissen Altersschwelle gar nicht verfügbar sind. Somit kann bei den Beschäftigten eine grundsätzliche Bereitschaft zum Wechsel vorliegen, die aber aufgrund fehlender Arbeitsnachfrage gar nicht zum Tragen kommen kann.<sup>33</sup> Drittens erhöhen versunkene Kosten die Neigung, im alten Betrieb oder Beruf zu verbleiben. Viertens wird von einigen Autoren auch auf eine geringere Risikopräferenz Älterer hingewiesen.<sup>34</sup> Das Zusammenspiel dieser Faktoren dürfte die verminderte Wechselpräferenz Älterer, welche über Lohnaspekte hinausgeht, erklären. Es muss jedoch weiteren Ana-

lysen vorbehalten bleiben, das Gewicht der einzelnen Gesichtspunkte näher zu bestimmen.

### ***Fazit***

Die Alterung des Erwerbspotenzials wird die Beschäftigtenmobilität dämpfen. Dies liegt einerseits daran, dass sich der Lohn Älterer durch einen Wechsel nur vergleichsweise wenig oder überhaupt nicht verbessern lässt. Andererseits wirkt das Alter aber auch nach Kontrolle dieses Lohneffekts immer noch signifikant negativ auf die Wechselneigung – Ältere ziehen aus einem Verbleib im Betrieb bzw. im Beruf Nutzenkomponenten, die nicht direkt entlohnt werden, die aber bei einem Wechsel verlorengehen.

Vor dem Hintergrund der geschilderten theoretischen Konzepte sollte deutlich geworden sein, dass die verringerte Mobilität Älterer nicht *per se* problematisch sein muss. Die theoretischen Ansätze legen den Schluss nahe, dass die reduzierte Wechselneigung Ausdruck einer guten Übereinstimmung von Stelle und Inhaber oder aber einer erheblichen Akkumulation spezifischer Erfahrung sein dürfte. Unter diesem Blickwinkel könnte die Alterung der Beschäftigten gar mit einer effizienteren Faktorallokation einhergehen. Die mit der Alterung verbundenen Probleme zeigen sich indes, wenn man die Dynamik des Arbeitsmarkts berücksichtigt. Liquide Arbeitsmärkte sind Hebel des technologischen und sektoralen Wandels. Technologieführer können aufgrund höherer Produktivitäten attraktive Löhne anbieten, die Beschäftigten wandern aus den niedrig produktiven Bereichen in die Hochlohnbetriebe ab. Dieser Kanal der technologischen und sektoralen Erneuerung einer Ökonomie kann qua Alterung versanden. Es steht zu befürchten, dass Ältere weniger sensibel auf Lohnsignale reagieren und selbst durch attraktive Angebote nicht zu einem Wechsel bewegt werden können. Dies kann Arbeitsnachfrager mit Beschäftigungspotenzial vor erhebliche Probleme stellen und – im ungünstigsten Fall – zur Konsequenz zwingen, andere Standorte zu suchen.

*Lutz Schneider*  
(Lutz.Schneider@iwh-halle.de)

---

<sup>32</sup> Vgl. BISPINCK, a. a. O.

<sup>33</sup> Es lässt sich allerdings daran zweifeln, ob ein substanzialer Arbeitsnachfrageeffekt existiert. Gemäß einer Analyse von Brussig und Bellmann liegen drei Vierteln aller Betriebe mit offenen Stellen keine Bewerbungen von über 50-Jährigen vor, in immerhin der Hälfte des übrigen Viertels werden über 50-Jährige eingestellt. Vgl. BRUSSIG, M.; BELLMANN, L.: Betriebliche Einflussfaktoren auf Rekrutierungen Älterer und deren Bewerbungen, in: Zeitschrift für Personalforschung, Jg. 22, H. 1, 2008 S. 35-57.

<sup>34</sup> Vgl. HALLAHAN, T. A.; FAFF, W. F.; MCKENZIE, M. D.: An Empirical Investigation of Personal Financial Risk Tolerance, in: Financial Services Review 13, 2004, pp. 57-78.

## Ökonomische Effekte von Forschungsinstituten – Eine Analyse am Beispiel des IWH –

### *Öffentliche Einrichtungen als Stabilisatoren der regionalen Wirtschaftsentwicklung*

Ungleichgewichtige Entwicklung im Raum stellt die Normalität wirtschaftlicher Prozesse dar. Städte können über lange Strecken Agglomerationsvorteile ausschöpfen, bis sich ihre Verdichtungsnachteile so stark auswirken, dass die wirtschaftlichen Entwicklungen zwangsweise in die Peripherie strömen. Oft versucht der Staat, derartigen Deglomerationswirkungen mittels Subventionierungen entgegenzuwirken, indem er den städtischen Verkehr verbilligt, Unterstützungen für erhöhte Mieten gewährt oder durch raumordnerische Maßnahmen Städte vergrößert, um ihnen zusätzlichen Entwicklungsraum zu geben.<sup>35</sup>

Derartige Entwicklungen haben zur Folge, dass sich politischer Druck aufbaut, die Polarisierung im Raum zu begrenzen, weshalb schließlich auch die weniger begünstigten Standorte – Städte mit geringerer Zentralität oder die Peripherie – in den Genuss staatlicher Hilfen kommen – und im schlimmsten Fall praktisch ein gesamtes Land flächendeckend zum Fördergebiet wird, wie das die alte Bundesrepublik in den 70er Jahren annähernd war.

Vor allem die schwedische Schule der Regionalökonomik hat sich früh auseinandergesetzt mit der Verlagerung öffentlicher Einrichtungen als Mittel, die Notwendigkeit einer Deglomeration in den hochverdichteten Gebieten mit einer Stabilisierung benachteiligter Städte und Regionen zu verbinden. Neben die Wirkung aus dem institutionellen Zweck (eines Forschungsinstituts, eines statistischen Amtes usw.) tritt damit Stabilisierung durch die Nachfrageeffekte vor Ort. Diese sind insbesondere dann bedeutend, wenn sie keine anderen Aktivitäten verdrängen, also eine Unterauslastung der Ressourcen zu verzeichnen ist.

Diese Situation trifft die Lage in Ostdeutschland weitgehend. Alle wesentlichen Immobilien- und loka-

len Gütermärkte haben mit stagnierender oder zurückgehender Nachfrage zu kämpfen. Auf der Ebene der Beschäftigten sind insbesondere Angebote für Qualifizierte rar – oft ist die gefundene Beschäftigung an einer Universität oder einem Forschungsinstitut die einzige Alternative gegenüber dem Abwandern in den Westen. Damit herrschen aus theoretischer Sicht nahezu ideale Voraussetzungen, die Ausgabenwirkungen eines Forschungsinstituts zu untersuchen, das damit nirgendwo Verdrängungseffekte, so genanntes *crowding out*, erzeugt.

Dies geschieht am Beispiel des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle; die Ergebnisse können jedoch problemlos auf ähnliche Institute, die beispielsweise die Leibniz-Gemeinschaft unterhält, übertragen werden. Nach einer kurzen Vorstellung der Institutsaufgaben werden die Ausgabeströme den wesentlichen Sektoren der Wirtschaft zugeordnet. Mit Hilfe einer Input-Output-Tabelle gelingt es, die erforderlichen regional-sektoralen Multiplikatoren zu errechnen, um damit die Effekte des IWH auszuweisen.

### *Organisation, Aufgaben und Ziele des Instituts*

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1992 gegründet und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft (WGL). In der Region Halle zählen gleichermaßen das IAMO (Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa) und das IPB (Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie) zu diesem Verbund. Sie sind ebenso wie die vor Ort ansässigen Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft wichtiger Teil des öffentlich finanzierten Innovationssystems der Region.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Die Polarisierungstheorien spielten eine wichtige Rolle in der Regionalökonomik und -politik der 70er und 80er Jahre. Eine Übersicht über die entsprechenden deutschen, skandinavischen und französischen Schulen findet sich bei BLUM, U.: Growth Poles and Regional Evolution. Jahrbuch für Sozialwissenschaft Vol. 37, No. 3, 1986, pp. 325-353.

<sup>36</sup> Zur Bedeutung der öffentlichen Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland vgl. FRANZ, P.: „Knowledge Cities“: Wachstumsstrategien und institutionelle Barrieren für Städte mit Wissenschaftseinrichtungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2007, S. 154-160. – ROTH, D.: Die Wissenschaftseinrichtungen als Standortfaktor. IWH-Sonderheft 4/2006. Halle (Saale). – ROSENFELD, M. T. W.; FRANZ, P.; ROTH, D.: Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte von öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen am Beispiel der Region Halle. Schriften des IWH, Bd. 18. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2004.

Das IWH wird in privater Rechtsform als eingetragener Verein geführt und verfolgt satzungsgemäß ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche Zwecke. Im Rahmen dieser Zielsetzung führt das IWH neben seinen durch die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben in begrenztem Umfang auch Drittmittelforschung durch, die zu rund 15% der Einnahmen beiträgt. Gründungsziel war es, der Wirtschaftsforschung in Ostdeutschland im Hinblick auf die Transformationsprozesse, aber auch die gesamtwirtschaftliche Beobachtung, eine Heimat zu geben. Dies drückt sich im Forschungsthema „Von der Transformation zur europäischen Integration“ aus. Im Rahmen dieses Profils werden sektorale und regionale Untersuchungen der ostdeutschen Wirtschaft, Analysen der Folgen des Bevölkerungsrückgangs auf Arbeitsmärkte, die Städte oder die Nachfrage nach Mitarbeitern durch Unternehmen durchgeführt. Weiterhin wirkt das IWH seit seiner Gründung an der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute mit. Neben der klassischen Konjunkturanalyse und den ordnungsökonomischen Empfehlungen sind nunmehr auch Fragen der mittelfristigen Wachstumsprognose zu beantworten. Neben eigenen Prognosen ist das IWH Teil eines europäischen Prognosenetzwerks (EFN).

### **Finanzierung**

Um seine Aufgaben erfüllen zu können, wird dem Institut im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung ein jährliches Budget zur Verfügung gestellt. Die Zuwendung betrug im Jahr 2007 rund 4,4 Mio. Euro, denen noch Drittmittel von rund 0,6 Mio. Euro hinzuzurechnen sind. Der Landesanteil von zunächst 50%, also 2,2 Mio. Euro, reduziert sich noch infolge der Beteiligung der anderen Bundesländer an der Finanzierung, sodass sich aus einem kassenwirksamen Eigenanteil von 37,5% am Gesamtbudget ein Finanzierungsbeitrag von 1,7 Mio. Euro ergibt. Verwendungsseitig verteilen sich diese Mittel auf Personalausgaben von rund 3,6 Mio. Euro, auf Mieten und Nebenkosten von rund 0,3 Mio. Euro, Bibliotheksmittel von rund 0,1 Mio. Euro und Mittel für die EDV von rund 0,2 Mio. Euro; der Rest sind sonstige Dienstleistungen wie Reisen, Leistungen an Dritte usw.

### **Messung von Sekundäreffekten mittels Multiplikatoranalyse**

Die volkswirtschaftliche Effizienzbetrachtung mittels Multiplikatoranalyse erfasst die Wirkung von einer gegebenen Ausgabe, beispielsweise einem Euro für den Druck von Veröffentlichungen des IWH oder einem Euro an gezahlten Gehältern, auf andere Wirtschaftssektoren. Besonders drei volkswirtschaftliche Aggregate des Umlands, also der Standortregion, des Landes Sachsen-Anhalt oder Deutschlands stehen dabei im Zentrum des Interesses:

1. Zunächst leistet das IWH einen eigenen Wertschöpfungsbeitrag; weiterhin werden durch seine Ausgaben ergänzende Wirtschaftsaktivitäten bei Dritten ausgelöst. Eigene und induzierte Aktivitäten werden in der Bruttowertschöpfung erfasst. Allerdings stehen nicht alle Ausgaben regional als Wirtschaftsleistung zur Verfügung: Abfließendes Steueraufkommen oder Importe stellen einen „Sickerverlust“ dar und können allenfalls über Umwege in die Region zurückfließen.
2. Über diese wirtschaftlichen Umsatz- und Leistungsprozesse entstehen Steuereinnahmen (= Einkommen der öffentlichen Hand), die dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zugeordnet werden. Sie dienen dem staatlichen Ziel, öffentliche Haushalte zu finanzieren und öffentliche Leistungen anzubieten.
3. Die Finanzströme und die sie auslösenden Leistungsprozesse führen zu Einkommen und damit zu abhängiger oder selbstständiger Beschäftigung – letztere können dann – neben den Unternehmen – wiederum relevante Investitionen anstoßen.

Der in dieser Untersuchung verwendete Multiplikator basiert auf der Leontief'schen Input-Output-Methode. Diese war zunächst für volkswirtschaftliche Untersuchungen auf nationaler Ebene in den USA entwickelt worden (Leontief 1951).<sup>37</sup> Sie nimmt in der hier gewählten Formulierung die Keynesianische Grundannahme auf, dass bei Unterbeschäftigung wichtige Impulse für volkswirtschaftliche Aktivitäten von der Nachfrageseite stammen.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> LEONTIEF, W.: The Structure of the American Economy, Oxford University Press: New York 1951 und LEONTIEF, W. (ed.): Studies in the Structure of the American Economy. Oxford University Press: New York 1953.

<sup>38</sup> Der nachfrageseitigen Formulierung, die sich mit den Wertschöpfungseffekten einer veränderten Endnachfrage

Tabelle 1:  
Klassifikation des Multiplikators für Sachsen-Anhalt

Kriterium	Eigenschaft des Modells für Sachsen-Anhalt	Ökonomische Interpretation
Modelltyp	Input-Output (Regional)	Impulse gehen von der Nachfrage aus (Ausgaben der Privaten, der öffentlichen Hand)
Untersuchungsraum	Sachsen-Anhalt, regionalisiert in Kreise, Deutschland	Resultate relevant für Deutschland, Sachsen-Anhalt bzw. dessen Kreise
Datenbasis	hauptsächlich Non-Survey	wichtigste Datenbasis sind amtliche Statistiken (weniger eigene Erhebungen)
Dynamisierung	Type II, Konsum und Investitionen sind endogen	berücksichtigt wird nicht nur nachgelagerte Nachfrage im Produktionsbereich, sondern auch im Bereich des privaten Konsums und der Investitionen
Anpassung der nationalen I/O-Koeffizienten	durch regionale Einkaufskoeffizienten unter Ausschluss von <i>cross hauling</i>	Nachfrageabflüsse aus Sachsen-Anhalt bzw. den Kreisen werden als Differenz zwischen Produktion und Nachfrage modelliert
Modellierung des Investitionsverhaltens	auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	Investitionsverhalten wurde auf Basis amtlicher und halbamtlicher Statistiken modelliert

Quelle: Darstellung des IWH.

Erste Anstrengungen, die Input-Output-Methode für subnationale Untersuchungen zu verwenden, wurden von *Isard*<sup>39</sup> unternommen und später von *Leontief und Strout*<sup>40</sup> selbst fortgeführt. Weitere wichtige Ansätze, die sich hauptsächlich in Bezug auf sektorale und räumliche Disaggregation und damit in Bezug auf Anforderungen an das statistische Datenmaterial unterscheiden, stammen von *Riefler und Tibout*<sup>41</sup>, *Polenske*<sup>42</sup>, *Evans und Baxter*<sup>43</sup> sowie *Bröcker*<sup>44</sup>. Die Methodik hat vor allem durch

die deutsche Einheit an Interesse gewonnen, weil damit zum einen die Notifikation für Subventionen im Rahmen des Meldeverfahrens bei der EU auf quantitativ abgesicherte Grundlagen gestellt wird, zum anderen die sektorale Entwicklung und die Veränderung der Wertschöpfungsstrukturen im Transformationsprozess erfasst und nachverfolgt werden können.<sup>45</sup>

Das für Sachsen-Anhalt erarbeitete Input-Output-Modell ist entsprechend den Vorgaben der aktuellen Regionalforschung wie in Tabelle 1 zu klassifizieren.

#### **Methodik des Aufbaus der regional-sektoralen Input-Output-Matrix für Sachsen-Anhalt**

Für die Bundesrepublik Deutschland existiert für das Jahr 2003 (abgeschlossen im Jahr 2007) eine gesamtwirtschaftliche Input-Output-Statistik. Diese enthält die wirtschaftliche Vorleistungsverflechtung auf der Basis von zunächst 71 Sektoren, die wegen fehlender Daten in der Tabelle selbst und unzureichender Angaben der in der Analyse ebenfalls verwendeten Mehrwertsteuerstatistik auf 55 Sektoren verdichtet wurde. Hinzu treten in der Tabelle die primären Inputs sowie die Endnachfragevektoren. Eine entsprechende Statistik für Sachsen-Anhalt bzw. beliebige regionale Teilgliederungen in Deutschland existiert nicht.

<sup>45</sup> Am IWH finden regelmäßige Input-Output-Tagungen statt; vgl. hierzu LUDWIG, U. u. a.: Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse in Deutschland, in: IWH-Sonderhefte 4/2003, 3/2004 und 3/2007. Halle (Saale).

---

befasst, steht die angebotsseitige Formulierung gegenüber, die die Folgen der Erhöhung der primären Inputs, beispielsweise eines Arbeitseinsatzes, bemisst. U. a. spielte diese Ansicht auch eine bedeutende Rolle in der Preisfindung im Rahmen der sozialistischen Zentralplanung.

<sup>39</sup> ISARD, W.: Regional Commodity Balances and Interregional Commodity Flows. *American Economic Review*, 43, 1953, pp. 167-180.

<sup>40</sup> LEONTIEF, W.; STROUT, A.: Multiregional Input-Output Analysis, in: T. Barna (ed.), *Structural Interdependence and Economic Development*. St. Martin's Press: London 1963.

<sup>41</sup> RIEFLER, R.; TIEBOUT, C. M.: Interregional Input-Output: An Empirical California-Washington Model. *Journal of Regional Science*, 10, 1970, pp.135-52.

<sup>42</sup> POLENSKE, K. R.: A Multiregional Input-Output Model of the United States. *Economic Development Administration Report*, Harvard University Economic Research Project: Cambridge (Mass.) 1970.

<sup>43</sup> EVANS, M.; BAXTER, J.: Regionalizing National Projections with a Multiregional Input-Output Model Linked to a Demographic Model. *Annals of Regional Science*, 14 (1), 1980, pp. 57-71.

<sup>44</sup> BRÖCKER, J.: A Generalization of the Chenery-Moses Model. *Second World Regional Science Conference*. Rotterdam 1984.

Kasten:

Wirkungsweise des Multiplikatorsystems

Eine Ausgabe von 1 000 Euro in einem gegebenen Sektor führt bei einem Importkoeffizienten dieses Sektors von 0,8 dazu, dass 80% der induzierten Nachfrage aus der Region abfließen und 20% in ihr verbleiben. Der Vorgang lässt sich anhand Tabelle 2<sup>a</sup> nachvollziehen. In ihr ist die Verflechtung der Sektoren untereinander ebenso angegeben wie die primären Inputs und die Endverwendung:

- $V$  sind Vorleistungen, das Element  $V_{ij}$  weist den Wert der Güter aus, die von Sektor  $i$  an den Sektor  $j$  geliefert werden. In der Zeile  $i$  sind dann alle empfangenen Lieferungen des Sektors  $i$  angegeben, dazu die Endnachfragen  $f$  mit dem Bruttoproduktionswertvektor  $Y$ .
- In Spalte  $j$  sind alle Versendungen aus den Zeilen  $i$  angegeben, die benötigt werden, um die Produktion zu ermöglichen. Ergänzend sind die Beiträge des Nichtunternehmenssektors und des Auslands,  $u$ , mit Löhnen, Gewinnen und Abschreibungen sowie dem Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen des Staats an Unternehmen aufgeführt. Der Vektor der Bruttoproduktionswerte  $Y$  schließt die Tabelle unten ab.
- Wenn nun eine wertmäßige Einheit Endnachfrage im Sektor  $j$  wirkt, dann müssen alle Sektoren  $i$  liefern, das sind dann die Elemente in der Spalte. Je stärker die Verflechtung ist, desto höher ist die erforderliche Lieferintensität. Das, was nicht in der Region bereitgestellt werden kann, ist Import,  $M_U$ , aus Unternehmen anderer Regionen. Die Region selbst kann alles bereitstellen, was in der Verflechtungsspalte aufgeführt wird, dazu kommen dann noch Löhne, Gewinne und Abschreibungen sowie Steuern.

Tabelle 2:  
Verflechtungsmatrix

von \ nach		Verwendungsseite								Zeilen- summe	
		Unternehmenssektor					Endnachfrage				
		$j = 1$	$j = 2$	.	.	$j = n$	Konsum	Investition	Export		
Verteilungsseite	Unternehmenssektor	$i = 1$	$V_{11}$	$V_{12}$	.	.	$V_{1n}$	$f_{11}$	$f_{12}$	$f_{13}$	$Y_1$
		$i = 2$	$V_{21}$	$V_{22}$	.	.	$V_{2n}$	$f_{21}$	$f_{22}$	$f_{23}$	$Y_2$
		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
		$i = n$	$V_{n1}$	$V_{n2}$	.	.	$V_{nn}$	$f_{n1}$	$f_{n2}$	$f_{n3}$	$Y_n$
	Primäre Vorleistungen	Importe	$u_{11}$	$u_{12}$	.	.	$u_{1n}$				
Abschreibungen		$u_{21}$	$u_{22}$	.	.	$u_{2n}$					
Indirekte Steuern abzgl. Subventionen		$u_{31}$	$u_{32}$	.	.	$u_{3n}$					
Löhne		$u_{41}$	$u_{42}$	.	.	$u_{4n}$					
Gewinne		$u_{51}$	$u_{52}$	.	.	$u_{5n}$					
Spaltensumme		$Y_1$	$Y_2$	.	.	$Y_n$					

Quelle: Darstellung des IWH in Anlehnung an Blum, 2004.

- Wenn in diesem Sektor nur 20% der Leistung selbst befriedigt werden können, dann gehen 80% in diese Importe, also Lieferungen von außerhalb der Region, und nur 20% werden in der Verflechtungsspalte sowie bei Löhnen, Gewinnen, Abschreibungen und Steuern wirksam.
- Der Bruttoproduktionswert der Zeilensummen ist identisch dem Bruttoproduktionswert der entsprechenden Spaltensumme (Identität von Verteilungs- und Verwendungsrechnung). Kürzt man ihn um die Verflechtungsvorleistungen  $V$ , dann erhält man den Nettoproduktionswert, der dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen entspricht.
- Schließlich ist es möglich zu prüfen, welcher Sektor die größten Anstoßwirkungen pro Einheit an Ausgaben (also pro Euro) hat. Dadurch lassen sich Schlüsselsektoren identifizieren. Offensichtlich hängt dies mit der Intensität der Verflechtung entlang einer „Lieferspalte“ zusammen.

<sup>a</sup> BLUM, U.: Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl. Oldenburg: München 2004.

Die Herausforderung besteht folglich darin, aus der Bundesstatistik, die man im weitesten Sinne als Abbild der durchschnittlichen wirtschaftlich-technologischen Verflechtung in Deutschland ansetzen kann, eine regional-sektorale Struktur abzuleiten. Um das durchführen zu können, sind harte Annahmen zu

Strukturübertragungen erforderlich, insbesondere die, dass überall in Deutschland vergleichbare Technologien genutzt werden. Letztlich werden regionale Angaben über sektorale Wertschöpfungen genutzt, um aus der bundesrepublikanischen eine sachsenanhaltische Input-Output-Matrix zu generieren.

In einem ersten Schritt ist ein Abbild der regionalen Produktionsstruktur zu erstellen. Die Endnachfrage, abgeleitet aus dem Mehrwertsteueraufkommen, das entsprechend den Steuersätzen proportional zum Bruttoproduktionswert ist, wird dabei den Inputs, die erforderlich waren, um genau diese Leistung zu erbringen, gegenübergestellt. Die Differenz aus dem Bruttoproduktionsvektor und den bezogenen Leistungen ergibt dann den Nettoproduktionsvektor der Region, der der Bruttowertschöpfung entspricht. Dort, wo das sektoral untergliederte Mehrwertsteueraufkommen der Region keine Aussagen ermöglicht, beispielsweise im Bereich der Finanzdienstleistungen oder dem öffentlichen Sektor, muss auf ergänzende Statistiken zurückgegriffen werden. Dem regionalen Mehrwertsteueraufkommen steht statistisch das regionale Vorsteueraufkommen gegenüber, das grundsätzlich aufzeigt, welche Leistungen die Unternehmen bezogen haben. Das Vorsteueraufkommen eignet sich aber nicht dazu, die regionalen Importe zu bemessen, weil es sich hier um Aggregate der Region aus Unternehmens- bzw. Betriebsdaten handelt, es also nicht klar ist, ob die Vorsteuer aufgrund von Lieferungen von außerhalb der Region oder auch innerhalb der Region (dann ebenso Mehrwertsteueraufkommen beim regionalen Lieferanten) geleistet wurde.

Durch die Berücksichtigung dieses Importvektors, der Abflüsse von Nachfrage darstellt, vermeidet man eine Überschätzung der wirtschaftlichen Leistung der Regionen, was insbesondere dann wichtig ist, wenn diese sehr importintensiv sind, was für die ostdeutschen Bundesländer, die sich immer noch in der Aufbauphase befinden, besonders bedeutsam sein dürfte. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Abflüsse in umliegende Regionen oder ins Ausland fließen. Import ist in regionaler Sicht also immer der Zufluss von außerhalb des demarkierten Gebiets.

Dieser Nettoproduktionsvektor bzw. der Importkoeffizientenvektor, der den Anteil der Importe an der Endnachfrage ausdrückt, unterscheidet sich regionenspezifisch. Je größer eine Region und je kompletter die regionale Sektorstruktur ist, desto größer ist die Fähigkeit, Wertschöpfung in der Region zu halten, also auf Importe zu verzichten.

Mit Hilfe des Nettoproduktionsvektors können nun regionale Verflechtungsstrukturen geschätzt

werden. Ausgaben, die seitens des Staats oder der Privaten getätigt werden, setzen bei Unterauslastung einen multiplikativen keynesianischen Prozess weiterer Nachfragesteigerungen in Gang, der nur durch die Sickerverluste Ersparnis, Importe und Steuerverluste begrenzt wird. Es sind diese Sickerverluste, die auf regionaler Ebene eine besondere Bedeutung besitzen und daher präzise einbezogen werden müssen. Die Steuern werden dabei über Steuerquoten an den Löhnen bzw. der Wertschöpfung abgeschätzt und entsprechend den Verteilungsschlüsseln den Gebietskörperschaften zugeordnet.

### Regionale Ausstrahlung

In Abbildung 1 findet sich die Gebietskulisse; das Land Sachsen-Anhalt ist für die Anstoßeffekte aller Ausgaben die relevante Ausgangsgröße, ergänzt um eine Kreisbetrachtung bei den nach dem Wohnortprinzip regional zugeordneten Gehältern. Hinzu tritt als weitere Gebietskulisse die Bundesrepublik

Abbildung 1:  
Gebietskulisse Sachsen-Anhalt



Quelle: Graphik von B. Rulf, Staatskanzlei, Presse- und Informationsamt, Stand 01.07.2007. ([http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Biblio...und\\_Leute/Kommunale\\_Visitenkarten/Kreisgebietskarte\\_2007\\_aktuell.jpg](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Biblio...und_Leute/Kommunale_Visitenkarten/Kreisgebietskarte_2007_aktuell.jpg), Zugriff am 08.10.2008).

Deutschland. Üblicherweise werden Anstoßeffekte mit sich vergrößernder Gebietskulisse wachsen. Sondereffekte können auftreten, wenn beispielsweise ein Sektor in der kleinen Region besonders autark ist – das Brot der Region wird zu einem höheren Anteil aus lokalem Weizen hergestellt als im Gesamtstaat. Die Kreise werden Bezugspunkt sein für eine detaillierte Betrachtung der Ausgabeneffekte der Löhne.

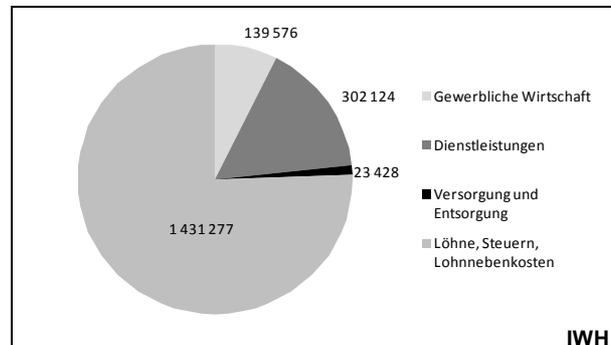
### ***Eigene Wertschöpfung und Multiplikatoreffekte im Jahr 2007***

Die Wertschöpfung des IWH besteht allein aus den Bruttopersonalkosten und beläuft sich im Jahr 2007 auf 3,6 Mio. Euro. Von den hierin enthaltenen Lohnsteuern fließen rund 235 000 Euro an das Land und rund 84 000 Euro an die Kommune. Abschreibungen werden nicht kontiert, weshalb eine Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettowertschöpfung nicht erforderlich ist. Der Ersatz für verzehrte Leistung tritt in den Beschaffungen auf, die ausgabenseitig erfasst sind, beispielsweise für Rechnerbedarf, aber auch für die Bibliothek, deren „Modernitätsgrad“ damit aufrechterhalten wird. Einschließlich weiterer Aufwendungen des laufenden Betriebs werden somit noch 1,4 Mio. Euro ausgabenwirksam. Die zusammengefassten Multiplikatorwirkungen sind zunächst für die Wertschöpfung in der nachfolgenden Abbildung für Sachsen-Anhalt subsumiert. Ausgewiesen sind die vier wesentlichen Sektoren, die durch die Tätigkeit des IWH am Standort Halle Aufträge erhalten, damit selbst angestoßen werden und dadurch wieder Impulse an ihnen vorgelagerte Bereiche weitergeben.

Die hier ausgewiesenen Wertschöpfungswerte liegen umso höher, je stärker der angestoßene Wirtschaftszweig mit anderen Wirtschaftszweigen der Region (beispielsweise des Landes) verflochten ist. Vor allem Gehälter, aber auch Mieten weiten die örtliche Nachfrage aus, weil erhebliche Anteile in stark verflochtene Bereiche fließen, beispielsweise ins Handwerk oder in arbeitsintensive Dienstleistungen. Je stärker der Anteil der Ausgaben ist, der abfließt, desto geringer ist der lokale Effekt. Offensichtlich löst ein Euro an IWH-Wertschöpfung 53 Cents an Wertschöpfung in der Umgebung aus. Unterstellt man eine Wertschöpfung von 50 000 Euro pro Arbeitnehmer, dann entspricht

dies 38 Beschäftigten – bei 70 Beschäftigten des IWH ein Hebel von 1:0,54.

Abbildung 2:  
Angestoßene Wertschöpfungsstruktur des IWH im Jahr 2007 in Sachsen-Anhalt  
- Angaben in Euro -



Quelle: Darstellung des IWH.

Tabelle 3 macht deutlich, dass die wesentlichen nach außen wirkenden Wertschöpfungskomponenten, nämlich Einkommen, Sozialabgaben und Steuern, rund drei Viertel der Wertschöpfung erklären – der Rest sind folglich Unternehmensgewinne und Abschreibungen. Zu beachten ist dabei, dass es sich hier um Anstoßeffekte handelt; die Umsatzsteuer ist also Teil des induzierten Umsatzprozesses, vor allem auch bei privaten Haushalten, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind. Die Umsatz- und Vorsteuer des IWH wird nicht betrachtet.

Erweitert man auf die Gebietskulisse und bezieht die gesamte Bundesrepublik Deutschland in die Analyse ein, so nimmt die induzierte Wertschöpfung von knapp 1,9 Mio. Euro auf knapp 4,2 Mio. Euro zu. Dies ist vor allem den Gehaltskomponenten geschuldet, die in erheblichen Anteilen den Einzelhandel stützen, dessen Produkte deutschlandweit hergestellt werden. Das Steueraufkommen wächst auf rund 0,7 Mio. Euro.

### ***Die Wirkung der Löhne im Umland von Halle im Jahr 2007***

Es ist evident, dass die Ausgaben umso leichter lokal zugeordnet werden können, je genauer der Ort der entsprechenden Ausgaben identifiziert werden kann. Gerade bei Lieferungen und Leistungen verschwimmt die Präzision, weil die als Referenz gewählte Elle nicht den speziellen Vorgaben eines einzelnen Betriebs folgen muss, der beispielsweise

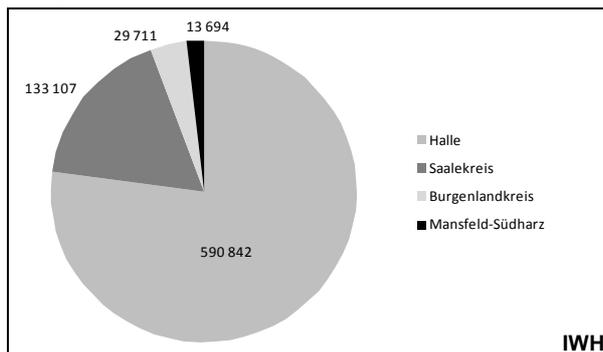
Tabelle 3:  
Angestoßene Wertschöpfungsstruktur des IWH in Sachsen-Anhalt  
- Angaben in Euro -

Nachfragesektoren	Effekte der Ausgaben des IWH auf Landesebene (Sachsen-Anhalt)						
	Wertschöpfung	Einkommen unselbstständiger Haushalte	Einkommen selbstständiger Haushalte	Sozialversicherung	Bundessteuern	Landesteuern	Gemeindesteuern
Gewerbliche Wirtschaft	139 576	65 149	4 530	15 958	6 665	7 076	3 553
Dienstleistungen	302 124	73 567	37 883	37 555	14 357	17 876	23 637
Versorgung und Entsorgung	23 428	9 498	1 474	2 808	1 038	1 174	1 012
Löhne, Steuern, Lohnnebenkosten	1 431 277	322 229	174 404	353 354	58 256	74 641	109 958
Insgesamt	1 896 405	470 443	218 291	409 675	80 316	100 767	138 160

Quelle: Darstellung des IWH.

sein Papier eben nicht „durchschnittlich“ einkauft, sondern einen spezifischen Beschaffungsweg gewählt hat. Gehälter sind hingegen durch die starke lokale Verwendung in ihrer Wirkung gut zu erfassen. Demzufolge wurde hier eine detaillierte Berechnung nach dem Wohnortprinzip auf Basis der sektoralen Multiplikatoren der Kreise vorgenommen: Der Lohn wird dann nach seiner Verwendung auf die Branchen verteilt, und es kommen die entsprechenden sektoralen Multiplikatoren der Region zum Einsatz.

Abbildung 3:  
Angestoßene Wertschöpfungsstruktur des IWH im Jahr 2007 in den vier Kernregionen aufgrund der Nettolohnzahlungen  
- Angaben in Euro -



Quelle: Darstellung des IWH.

Die hier den vier Kreisen zugeordneten Nettolohnzahlungen von insgesamt 1,7 Mio. Euro (also rund 85% des gesamten Nettogehaltsvolumens) stoßen *zusätzliche* Aktivitäten mit einer Wertschöpfung von etwas über 0,7 Mio. Euro an (vgl. Abbildung 3). Die Detaillierung nach Regionen zeigt, dass vor allem die Stadt Halle (Saale) als

Wohnsitzstandort profitiert, danach der Saalekreis und schließlich das weitere Umfeld. In den vier Kreisen sind die zuzuordnenden Steuern für Bund, Land und Gemeinde 31 000 Euro, 44 000 Euro und 80 000 Euro. Diese Werte sind in den in Tabelle 3 genannten enthalten.

#### **Folgerungen für die Standortpolitik**

Die hier nachgewiesenen Ausgabeneffekte treten grundsätzlich bei allen staatlichen und privaten Einrichtungen auf. Sie werden nur ausgeschöpft, wenn sie nicht andere Aktivitäten verdrängen, was insbesondere für die Neuen Bundesländer gilt. Sie beruhen in erheblichem Maß auf den Lohnzahlungen. Institute wie das IWH nehmen offensichtlich über die Bedeutung der Forschungsleistung hinaus eine wichtige regionale Stabilisierungsaufgabe war.

Je geringer der Verdrängungseffekt gegenüber anderen Aktivitäten ist, desto höher wird letztlich die Selbstfinanzierung, die in Ostdeutschland bei derartigen Instituten, die auch Gelder aus Bundesquellen und von anderen Ländern bekommen, besonders hoch liegt. Sie wird aber mit zunehmendem Aufholen der Wirtschaft sinken, weil dann letztlich die Hypothese der Unterauslastung nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Dies dürfte – auch hierüber berichtet das IWH regelmäßig<sup>46</sup> – als erstes bei Qualifizierten im Arbeitsmarkt sichtbar werden.

*Ulrich Blum*  
(Ulrich.Blum@iwh-halle.de)

<sup>46</sup> Vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Im Fokus: Wanderverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2008, S. 128-131.

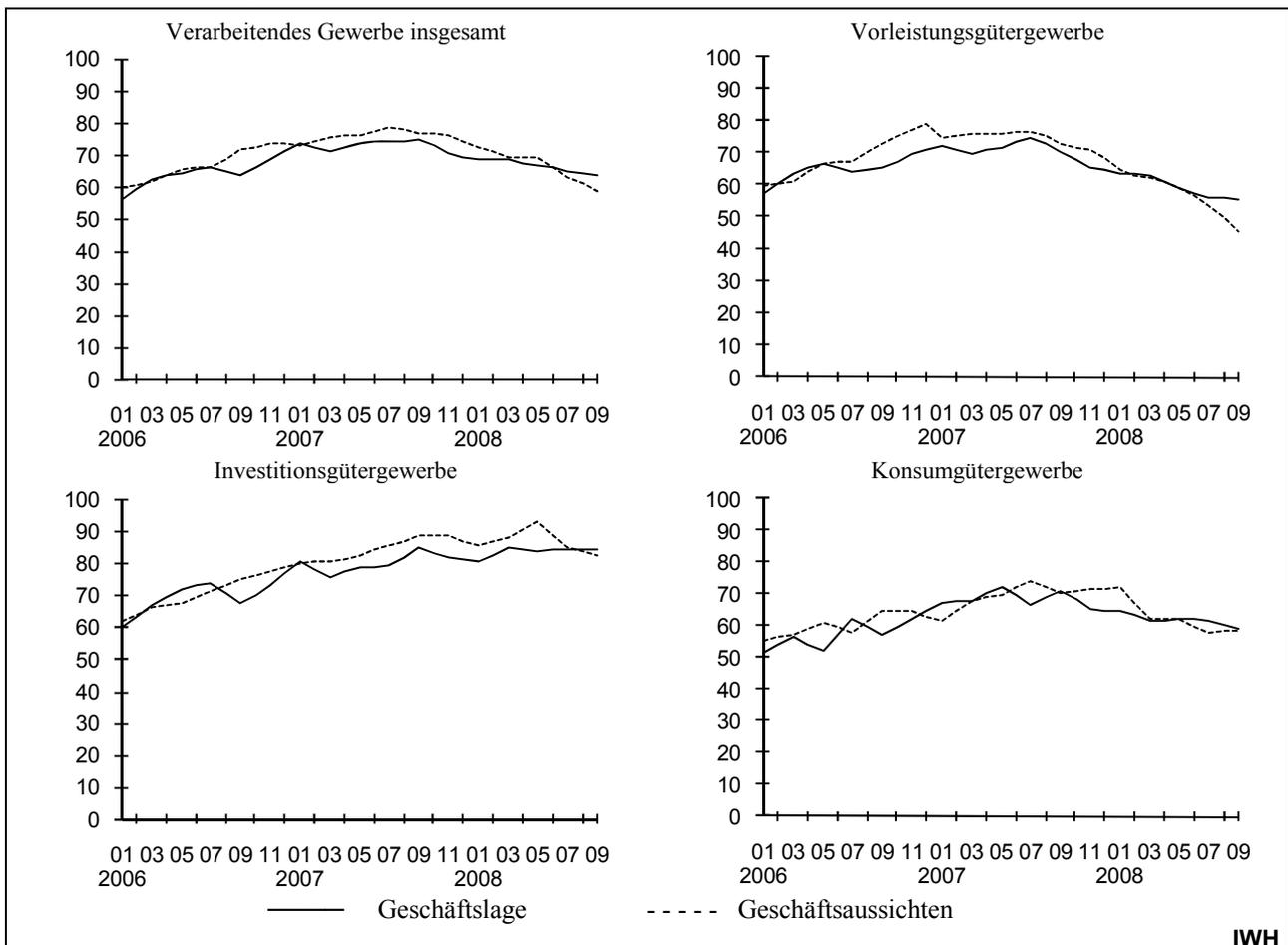
## IWH-Industrienumfrage im September 2008: Eingetrübte Aussichten – Investitionsgüter- und Konsumgüterhersteller aber weiterhin zuversichtlich

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich unter den rund 300 vom IWH regelmäßig befragten Unternehmen im September weiter eingetrübt. Zwar fällt die Beurteilung der aktuellen *Geschäftslage* per saldo einen Punkt günstiger aus als im Juli und meldet eine deutliche Mehrheit der Unternehmen gegenwärtig eine „gute“ oder „eher gute“ Geschäftstätigkeit. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate haben sich gegenüber der Juliumfrage aber deutlich verschlechtert. Der Saldo der *Geschäftsaussichten* sank um acht Punkte und damit zum zweiten Mal in Folge in beachtlichem Umfang. Verantwortlich für diesen Stim-

mungseinbruch zeichnen die Hersteller von Vorleistungsgütern (vgl. Tabelle). Sie bewerten ihre Auftragslage und die Produktionsaussichten deutlich skeptischer als in den Vormonaten. Im Investitionsgütergewerbe ist – trotz rückläufiger Auftrags-eingänge, vor allem aus dem Ausland – die Stimmung nahezu unverändert gut. Gleichwohl werden die Aussichten und die Produktionslage etwas zurückhaltender als im Sommer beurteilt, gleiches trifft auf die Ertragswartungen zu. Der hohe Auslastungsgrad der Produktionsanlagen dürfte der Grund für die anhaltend gute Stimmung sein.

Abbildung:

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Monatswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de).

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Auch unter Ausschluss jahreszeitlicher Einflüsse klingt das Geschäftsklima in der ostdeutschen Industrie ab. Das gilt vor allem für die Geschäftsaussichten (vgl. Abbildung). Es gibt dabei aber Nuancen. Bei den Herstellern von Investitionsgütern und Konsumgütern verharren die Bewertungen von Lage und Aussichten jeweils etwa auf dem gleichen Niveau. Die Produzenten von Vorleistungsgütern beurteilen dagegen die Aussichten deutlich schlechter als ihre gegenwärtige Lage. Knapp die Hälfte der Unternehmen aus dem Holz-, Papier- und Druckgewerbe beurteilt die Aussichten bis zum Frühjahr „eher schlecht“ oder „schlecht“, und 40% bewerten auch die aktuelle Lage so. Unzufrieden mit den Geschäftsaktivitäten sind auch zahlreiche Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren. Jeder vierte be-

richtet über eine „eher schlechte“ aktuelle Lage und rund 40% über trübe Aussichten. In der Chemischen Industrie und bei den Metallherstellern hat sich die Stimmung ebenfalls verschlechtert, aber nicht in so großem Ausmaß. Die Verschiebung erfolgte hier vor allem von „gut“ bei Lage und Aussichten zu „eher gut“.

Die Konsumgüterproduzenten zeigen hingegen vorsichtigen Optimismus. Eine gegenüber Juli verbesserte Auftrags- und Produktionslage hat die Beurteilung der Geschäftslage insgesamt wohl beflügelt und auch die Aussichten nicht weiter eingetrübt.

*Cornelia Lang*  
(*Cornelia.Lang@iwh-halle.de*)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand September 2008 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Sept. 07	Juli 08	Sept. 08	Sept. 07	Juli 08	Sept. 08	Sept. 07	Juli 08	Sept. 08	Sept. 07	Juli 08	Sept. 08	Sept. 07	Juli 08	Sept. 08
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>49</b>	<b>42</b>	<b>40</b>	<b>38</b>	<b>40</b>	<b>43</b>	<b>11</b>	<b>17</b>	<b>14</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>76</b>	<b>65</b>	<b>66</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	48	41	35	38	39	44	12	20	17	2	0	4	72	59	58
Investitionsgüter	56	51	57	36	42	36	7	7	6	1	0	1	84	85	85
Ge- und Verbrauchsgüter	45	36	32	42	42	49	12	21	17	1	1	2	73	55	62
dar.: Nahrungsgüter	38	24	29	48	38	46	11	35	19	3	3	6	72	24	50
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	40	38	30	35	33	41	21	27	24	4	2	5	49	42	41
50 bis 249 Beschäftigte	46	41	39	43	43	48	10	16	11	1	0	2	78	68	73
250 und mehr Beschäftigte	65	45	51	31	43	36	4	12	13	0	0	0	91	76	74
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>41</b>	<b>36</b>	<b>32</b>	<b>46</b>	<b>46</b>	<b>45</b>	<b>12</b>	<b>17</b>	<b>20</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>74</b>	<b>63</b>	<b>55</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	41	33	29	43	45	41	16	21	27	0	1	3	68	56	39
Investitionsgüter	50	49	47	44	44	44	5	7	8	1	0	1	89	85	82
Ge- und Verbrauchsgüter	30	27	23	53	51	55	16	20	18	1	2	4	67	55	56
dar.: Nahrungsgüter	17	22	19	58	54	56	23	18	15	2	6	10	50	52	50
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	29	30	24	49	41	46	20	27	24	2	2	6	55	41	39
50 bis 249 Beschäftigte	40	34	34	47	49	44	13	15	19	0	2	3	75	67	55
250 und mehr Beschäftigte	54	43	34	42	42	50	4	15	16	0	0	0	91	71	68

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für September 2008 vorläufig. - <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

## Veranstaltungen:

### *Vorankündigungen:*

#### **5. IWH-IAB Workshop zur Arbeitsmarktpolitik „Arbeitsmärkte in Deutschland gestalten – Wirkungen der Reformen und weiterer Handlungsbedarf“ am 29. und 30. Oktober 2008**

Schwerpunkt des Workshops ist die Analyse der Wirkungen der Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 einerseits und die Diskussion des trotz oder wegen dieser Gesetze verbleibenden Handlungsbedarfs andererseits. Beiträge zu gesamtwirtschaftlichen Reformwirkungen sind ebenso willkommen wie Analysen des Verhaltens der beteiligten Akteure. Besonderer Wert wird auf die Darstellung der politischen Implikationen der jeweiligen Resultate gelegt. Jeder Beitrag wird durch einen Korreferenten kommentiert.

#### **Tagung des IRS und des IWH „Was wird aus der lokalen Infrastruktur und den Innenstädten?“ am 6. November 2008 in Potsdam**

Massive Abwanderungen aus Ostdeutschland sowie veränderte Wohnbedürfnisse der ostdeutschen Bevölkerung seit der Wende haben in zahlreichen Städten zu einem massiven Wohnungsleerstand geführt. Aufgrund der damit verbundenen negativen Effekte für das Investitionsverhalten der Immobilieneigentümer für die kommunalen Haushalte sowie für das Image von leerstandsgeprägten Städten haben Bund und Länder das Programm „Stadtumbau Ost“ ins Leben gerufen. Das Programm dient der finanziellen Förderung von Maßnahmen zum Abriss sowie zur Aufwertung von Wohnquartieren. Nach mehreren Jahren der Implementierung dieses Förderprogramms ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Veranstaltung widmet sich speziell zwei wesentlichen Teilaspekten des Stadtumbaus, nämlich der Frage nach den Umbau-Anreizen von privaten Immobilieneigentümern in den Innenstädten sowie der Problematik einer Anpassung der technischen Infrastruktur an die Veränderung des Wohnungsbestands.

#### **Workshop „Globalisierung von Forschung und Entwicklung – der Technologiestandort Deutschland“ am 12. November 2008**

Angesichts der zunehmenden Internationalisierung von Forschung und Entwicklung (FuE) stellt sich die Frage, ob der deutsche Technologiestandort im europäischen und globalen Wettbewerb adäquat positioniert ist. Im Rahmen der Veranstaltung sollen aktuelle Fragen zur Forschungs- und Innovationspolitik von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vorgetragen und diskutiert werden: Welchen Trends folgt die Organisation von FuE in multinationalen Unternehmen? Welche FuE betreiben deutsche Unternehmen im Ausland? Ist Ostdeutschland nach fast 20 Jahren Transformation attraktiv für FuE-Investitionen ausländischer Investoren? Ist die deutsche Forschungs- und Technologiepolitik hinsichtlich der globalen Herausforderungen gut aufgestellt? Der Workshop wird im Rahmen des europäischen Forschungsprojekts U-Know ausgerichtet.

#### **Konferenz „2<sup>nd</sup> Halle Forum on Urban Economic Growth“ am 27. und 28. November 2008**

The Halle Forum on Urban Economic Growth – established in 2006 – has a focus on factors of economic growth and development in urban environments. For the 2<sup>nd</sup> Halle Forum in 2008, the organisers are planning to bring together scholars dealing with development problems of cities in de-industrialised regions with a special reference to post-transition economies. Colleagues from CEE countries are particularly welcome. The special topic of the 2<sup>nd</sup> Halle Forum will refer to the observation that many larger and middle-sized cities dispose of a considerable potential of institutions creating and disseminating knowledge. This kind of endowment seems to be especially valuable in an upcoming knowledge-based economy. Recent strategic concepts and competitions referring to ‘knowledge-based urban development’, ‘knowledge city’, ‘creative city’, or ‘science city’ indicate that urban planners and politicians are beginning to search for strategies to take advantage and to make use of this potential. In spite of this favourite initial situation, many cities up to now were not able to ‘transform’ their knowledge resources into substantial economic success.